

# Der Zimmerer

**Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)**  
**Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg**

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68  
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzelle 50 Pf.

## Nieder mit dem Faschismus!

In wenigen Tagen wird das deutsche Volk an die Wahlurne gerufen. Am 13. März soll die Wahl des Reichspräsidenten stattfinden. Wie die Dinge stehen, wird dieser Tag zu einem Schicksalstag des deutschen Volkes werden. Am Wahltag wird bestimmt werden, ob Deutschland dem Faschismus ausgeliefert wird, oder ob die begonnene Entwicklung der politischen Demokratie ihre Fortsetzung finden kann. In der Geschichte der jungen deutschen Republik wird der 13. März von entscheidender Bedeutung sein. An diesem Tage wird die Entscheidungsschlacht zwischen Demokratie und dem blutigen Faschismus geschlagen. Es gehört nicht sonderlich viel politischer Instinkt dazu, um diese Tatsache zu begreifen.

Obwohl 4 Präsidentschaftskandidaten zur Wahl stehen, kommen ernstlich nur Hindenburg und Hitler in Frage. Der Führer der Stahlhelmlisten, Düstenberg, und der russische Reitergeneral Thälmann sind nur Zählkandidaten. Ernsthafte denken die hinter ihnen stehenden Parteigruppen auch nicht daran, daß ihr Kandidat siegen werde. Denn auch die gerissenen Wahlmanager der Hugenberger und der Kommunisten glauben nicht im entferntesten daran, daß ihre Kandidaten die Mehrheit der stimmberechtigten Wähler auf sich vereinigen können. Bei der Wahl am 14. September 1930 haben von rund 42,9 Millionen Stimmberechtigten 34,9 Millionen ihr Wahlrecht ausgeübt. Der Präsidentschaftskandidat, der ernsthaft in Frage kommen kann, muß mindestens 17 480 000 Stimmen auf sich vereinigen. Da die KPD. bei der letzten Reichstagswahl nur 4,59 Millionen Stimmen erhalten hat und die Hugenberger sogar nur 2,45 Millionen Stimmen, so scheiden die Präsidentschaftskandidaten dieser Parteien ernsthaft völlig aus. Es ist angesichts dieser Sachlage unsinnig, diesen Kandidaten auch nur eine Stimme zu geben. Im Gegensatz zur Reichstagswahl, wo keine Stimme verloren gehen kann, weil sie unter Umständen dem Reichswahlvorschlag zugute kommen, sind bei der Wahl alle Stimmen verloren, die auf einen dieser völlig aussichtslosen Zählkandidaten fallen. Will nun die Arbeiterklasse die Präsidentschaftswahl maßgebend beeinflussen, dann muß sie einen Kandidaten wählen, der einmal Garant der Demokratie ist und zum andern auch wirkliche Aussicht hat, gewählt zu werden. Selbst wenn die Sozialdemokratie einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätte und

alle kommunistischen Wähler würden für diesen stimmen, dann wäre, wie die Septemberwahl 1930 beweist, keine Möglichkeit vorhanden, diesen Kandidaten durchzubringen. Es würden immerhin noch über 4 500 000 Stimmen fehlen, um diesem gemeinsamen Kandidaten der SPD. und der KPD. die Mehrheit zu sichern. Da aber die Führer der KPD. wiederholt erklärt haben, daß die Sozialdemokratie der Hauptfeind sei, den es niederzuringen gilt, braucht man keine Hoffnung auf eine derartige gemeinsame Kandidatur zu haben.

Es ist heute schon so, wie es in dem Aufruf der Sozialdemokratie heißt: „Die Kommunisten, die für Thälmann werben, tun damit dasselbe, wie am 9. August vergangenen Jahres, als sie mit Hitlers SA. und Düstbergs Stahlhelm gegen Otto Braun und Severing zum Volksentscheid antraten. Sie kämpfen für den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie, gegen die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und gegen die Arbeiterklasse.“

Nicht Hindenburg oder Hitler ist die Parole des 13. März, sondern Demokratie oder Faschismus! Nun ist Hindenburg beileibe kein Sozialist, aber wir können auf Grund seiner Tätigkeit als Reichspräsident behaupten, daß er Garant der Demokratie ist. „Die Rechte“, so heißt es in dem Aufruf der Sozialdemokratie, der für die Wahl Hindenburgs eintritt, „hat vor sieben Jahren Hindenburg auf den Schild gehoben. Sie hoffte, er würde sein Amt parteiisch zu ihren Gunsten führen, seinen Eid verletzen und die Verfassung brechen. Es war selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten einen Bewerber, auf den unsere schlimmsten Feinde solche Hoffnungen setzten, entschieden bekämpften. Hindenburg aber hat seine einstigen Anhänger enttäuscht. Weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsstreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn jetzt beseitigen.“

In dem Reichspräsidenten Hindenburg sieht die Reaktion und, was gleichbedeutend ist, der Faschismus einen Feind, für dessen Beseitigung sie kämpfen. Der Faschismus will seinen typischsten Vertreter, den neugebackenen Parteibuchbeamten und Regierungsrat von Klagges Gnaden, Adolf Hitler, an diese Stelle setzen. Nach dem Willen der finsternen Reaktion soll der Führer der faschistischen SA.-Banditen nunmehr die Rolle eines deutschen Mussolini spielen. Diese Kreatur der Schwerindustrie und aller deutschen Rückwärtser, der österreichische De-

serteur, die große politische Marionette, die von ehemaligen deutschen Fürsten und andern Finsterlingen an Drähten gezogen wird, soll in Deutschland, dem Land der Arbeit, Reichspräsident werden? Nein und abermals nein! Dieser „Köpferoller“ könnte wohl Präsident einer südamerikanischen Negerrepublik werden, dort könnte er nicht viel Unheil anrichten. Anders ist es jedoch in Deutschland, dem Land der Arbeit und Kultur. Hier muß sich das denkende Volk aufrufen, um dem Faschistenspuk den Garauz zu machen.

Der Weg, der uns ins Freie führt, muß mit Notwendigkeit über die Leiche des Faschismus führen. Es gibt keine andere Möglichkeit. Der Tag der Generalabrechnung wird der 13. März sein. Wir müssen dem Faschismus an diesem Tage den Todesstoß versetzen. Jetzt gibt es für die Todfeinde der Arbeiterklasse kein Entrinnen mehr; jetzt müssen sie gestellt und für immer poli-

tisch unschädlich gemacht werden. Wir müssen dem braungelben Wechselbalg einen gehörigen Denkkettel verabfolgen. Der Faschismus muß eine Niederlage erleben, wie sie in der Geschichte der politischen Parteien noch nie zu verzeichnen war. Jetzt gilt es, die Eiterbeule am Volkskörper aufzuschneiden. Ohne diese Operation kann es keine Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse geben. Das arbeitende Volk muß Arzt spielen; es darf auf das Gewinsel des Patienten keine Rücksicht nehmen; denn es gilt, das Leben eines 60 Millionen-Volkes zu retten.

Einmal muß die Entscheidungsschlacht zwischen Demokratie und Faschismus ausgetragen werden. Nun ist es so weit. Der 13. März ist der Tag der Entscheidung. Politischer Märzsturm braust durch die Lande! Er wird den blutigen Faschistenspuk von der Bildfläche fegen. Die Arbeiterklasse hat zwischen Demokratie und Faschismus zu wählen, und diese Wahl kann ihr nicht schwer fallen.

## An die Gewerkschaftsmitglieder!

### Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenslose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrbar politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.**

**Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

## Keine Allgemeinverbindlicherklärung der Bauarbeiterlöhne

Die Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 schreibt vor: „Der Reichsarbeitsminister kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für allgemeinverbindlich erklären. Sie sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereiches für Arbeitsverträge, die nach der Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, auch dann verbindlich im Sinne des § 1, wenn der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder beide an dem Tarifvertrag nicht beteiligt sind.“

Diese Vorschrift will bezwecken, daß auch für Außenseiter, nichtorganisierte Unternehmer und Arbeiter, der Tarifvertrag verbindlich wird.

Seit Bestehen der Tarifvertragsverordnung haben sich auch die Tarifvertragsträger im Baugewerbe um die Allgemeinverbindlicherklärung sowohl des Reichstarifvertrages als auch der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife bemüht. Dabei waren stets große Schwierigkeiten zu überwinden; denn gegen die Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung wurden von sich dazu berechtigt haltenden Körperschaften usw. eine Menge Einsprüche erhoben. Besonders zahlreich waren diese Einsprüche im vorigen Jahre, nicht nur gegen die Allgemeinverbindlicherklärung des Reichstarifvertrages, sondern auch der bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife. Erst nach wiederholten Besprechungen mit Vertretern der Vertragsparteien hat sich der Reichsarbeitsminister veranlaßt gesehen, dem Antrage auf Allgemeinverbindlicherklärung des Reichstarifvertrages zu entsprechen, allerdings mit so starken Einschränkungen wie noch nie vorher. Die bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife fanden jedoch vor den Augen des Reichsarbeitsministers keine Gnade, wie aus seinem Schreiben an die Vertragsparteien vom 2. Oktober 1931 hervorging:

„Von der Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirks-Lohn- und Tarifverträge des Baugewerbes sehe ich ab, da ich es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angängig erachte, die darin vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzusetzen. Ich bitte, Ihre Unterverbände, deren Anträge ich hierdurch als erledigt ansehe, zu verständigen. gez. Dr. Stegerwald.“

Originell war vor allem die Begründung der Ablehnung. Die „überwiegende Bedeutung“ der Tarifverträge, die allein für die Behandlung der Anträge entscheidend sein kann, wurde nicht in Abrede gestellt; der Reichsarbeitsminister erachtete es jedoch „nicht für angängig“, die vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzusetzen.

Was folgt, ist bekannt. Die Unternehmerverbände schalten kräftig über den ablehnenden Bescheid des Reichsarbeitsministers, obwohl sie in Wirklichkeit gar nicht unzufrieden mit ihm waren. Ihnen waren die Löhne durchaus nicht recht, obgleich sie mit ihren und den Stimmen der Unparteiischen der zentralen Schiedsstelle festgesetzt worden waren. Der Reichsarbeitsminister kam ihnen auch jetzt entgegen, indem er auf eine Protokoll-erklärung zu § 1 des Reichstarifvertrages aufmerksam machte, die nach seiner Meinung nach der Ablehnung der Allgemeinverbindlicherklärung der

bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife Verhandlungen über eine Neuregelung der Löhne eröffnete. Die Gewerkschaften bekämpften diese Auffassung; sie wiesen einwandfrei nach, daß besagte Protokoll-erklärung keineswegs den Sinn habe, wie der Reichsarbeitsminister und die Unternehmer unterstellten. Die Unternehmer brachten die Sache vor das Haupttarifamt, dessen unglückliche Entscheidung hinreichend bekannt ist. Die Gewerkschaften mußten sich ihr unterwerfen. Die Verhandlungen über neue Löhne in den Bezirken hatten kaum begonnen, als die Notverordnung vom 8. Dezember erschien, die eine Basis für eine neue Lohnfestsetzung vorschrieb. In allen Bezirken mußten nunmehr Lohnverhandlungen geführt werden. Sie waren nicht leicht; denn vielfach versuchten die Unternehmer, diese Gelegenheit auch zu Aenderungen der Lohnklasseneinteilung zu benutzen. Wir haben über den Ausgang der Verhandlungen berichtet.

Damit waren die Löhne „gesetzlich“ geregelt. Jetzt durfte man bestimmt mit ihrer Allgemeinverbindlicherklärung durch den Reichsarbeitsminister rechnen; denn schließlich war es doch nur eine logische Konsequenz, daß der Reichsarbeitsminister die dem Gewerbe durch Notverordnung diktierten Löhne nun auch den Außenseitern aufnötigte. Allein dem Reichsarbeitsminister sind die Begriffe Logik und Konsequenz scheinend fremd. Er hat lange überlegt, was er tun solle. Er hat auch die Vertragsparteien gehört, aber zunächst über seine Absichten nichts verraten. Mit der Zeit mußte er aber doch eine Entscheidung treffen. Sie ist am 22. Februar ergangen und lautet:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hat zwar die Löhne des Baugewerbes in ge-

wissen Ausmaße gesenkt; die hierdurch festgelegten Löhne sind aber bereits gekündigt oder auf baldigen Ablauf gestellt, so daß neue Verhandlungen in Kürze bevorstehen. Unter diesen Umständen trage ich Bedenken, die Lohn- und Tarifverträge des Baugewerbes für allgemeinverbindlich zu erklären, um so mehr, als bei dem derzeitigen niedrigen Beschäftigungsstand und der schwierigen Lage des Baugewerbes die allgemeine Durchsetzbarkeit der gegenwärtigen Löhne als sehr zweifelhaft anzusehen ist. Ich bitte, ihre Unterverbände, deren Anträge ich hierdurch als erledigt ansehe, zu verständigen. gez. Dr. Stegerwald.“

Einige Tage vor der Entscheidung hat noch einmal eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Nach ihrem Verlauf war die Ablehnung der Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung der Löhne zu erwarten. Anscheinend bestand im Reichsarbeitsministerium die Bereitwilligkeit, für einige Bezirke die Allgemeinverbindlicherklärung auszusprechen. Auch daraus ist nichts geworden. Die Gründe für die Ablehnung muß man zwischen den Zeilen suchen. Dem Reichsarbeitsminister sind die Löhne im Baugewerbe noch zu hoch, um sie für allgemeinverbindlich zu erklären. Die zahlreichen Einsprüche gegen die Anträge haben ihm die Entscheidung erleichtert. Es waren nicht nur Einsprüche aus Außenseiterkreisen, sondern Einsprüche selbst von bezirklichen Unternehmerverbänden, die als Vertragsträger gemeinsam mit den Gewerkschaften die Allgemeinverbindlicherklärung beantragt hatten. War der Reichsarbeitsminister gegenüber den Anträgen von vornherein schwankend, so haben ihn die letztgenannten Einsprüche noch schwankender gemacht. Fast könnten die Gründe für die Ablehnung der Allgemeinverbindlicherklärung als eine Entschuldigung klingen. Armer Reichsarbeitsminister!

## Die Sanierung der Großbanken mit öffentlichen Mitteln

Die am 22. Februar erfolgte Sanierung der deutschen Großbanken dürfte die größte Finanztransaktion sein, die jemals in der deutschen Wirtschaft durchgeführt worden ist. Sie erfolgte weitgehend mit öffentlichen Mitteln, wodurch klar zum Ausdruck kommt, in welcher Lage sich die deutsche Wirtschaft heute befindet. Hatten wir bisher in Deutschland, wenn auch nur theoretisch, noch fünf Großbanken, so werden es hinfort nur noch vier sein. Von diesen vier (Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dresdner-Danatbank, Commerz- und Privatbank und Reichskreditgesellschaft) befinden sich drei zur Mehrheit im öffentlichen Besitz. Auch die erstgenannte dieser Banken muß aus öffentlichen Mitteln gestützt werden. Damit findet eine Entwicklungsepoche ihren Abschluß, die mit den Septemberwahlen im Jahre 1930 begann und mit den kritischen Julitagen 1931 ihren Höhepunkt erreichte. Die Großbanken selbst, deren private Aktionäre und nicht zuletzt das Reich haben durch die Entwicklung der Dinge einen großen finanziellen Schaden erlitten. Die Großbanken waren seit Jahrzehnten, namentlich vor dem Kriege, in weitestgehendem Maße Beherrscher der deutschen Wirtschaft. Sie waren Exponenten des Kapitalverkehrs mit andern Ländern, und in ihren Direktionszimmern befanden sich die Schalthebel der gesamten kapitalistischen Wirtschaft. Staatsmänner, Könige und Fürsten waren viele Jahrzehnte hindurch nicht nur in Deutschland, sondern auch anderwärts Drahtpuppen in den Händen der Bank-

1,8 Millionen Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. So weit die Bilanzbereinigung der DD.-Bank, die noch verhältnismäßig am besten wegkommt. — Bei den bereits von dem Reich beherrschten beiden Instituten, Dresdner Bank und Darmstädter und Nationalbank, ist der Einschnitt viel größer. Sie werden überdies fusioniert. Bei der Danatbank werden 35 Millionen Mark Anteile und bei der Dresdner Bank 33 Millionen Stammaktien vorweg eingezogen, so daß Restkapitalien an Stammaktien verbleiben: bei der Dresdner Bank 67 und bei der Danatbank 25 Millionen Mark. Diese Stammaktien werden im Verhältnis 10 : 3 zusammengelegt, so daß ein Gesamtkapital von 27,5 Millionen Mark verbleibt. Die 300 Millionen Mark Vorzugsaktien der Dresdner Bank, die sich im Reichsbesitz befinden, werden 3 : 2, von 300 auf 200 Millionen Mark, zusammengelegt. Nach der Umwandlung ergibt sich ein Aktienkapital von 220 Millionen Mark. Neben andern werden der neuen Bank, die den Namen Dresdner Bank führen soll, 130 Millionen Mark als Abwicklungsreserve vom Reich zur Verfügung gestellt. Die gesamten Abschreibungen bei der Dresdner-Danatbank betragen 321,5 Millionen Mark. — Die Commerz- und Privatbank nimmt den Barmer Bankverein, die letzte große Provinzbank Westdeutschlands, in sich auf. Das Aktienkapital der Commerzbank wird von 10 : 3 auf 22,5 Millionen Mark zusammengelegt. Das Aktienkapital soll dann um 57,5 auf 80 Millionen Mark erhöht werden. Die 57,5 Millionen Mark übernimmt eine dem Reich nahestehende Treuhänderstelle. Die Commerzbank arbeitet nach Durchführung dieser Transaktion einschließlich des fusionierten Barmer Bankvereins mit einem Aktienkapital von 80 Millionen Mark und 30 Millionen Mark offener Reserve. Die Mehrheit des Aktienkapitals befindet sich im öffentlichen Besitz. Die jetzt drei, früher vier, genannten Großbanken haben einen Gesamtverlust von 703 Millionen Mark zu verzeichnen.

Die Staatshilfe bei dieser großen Bankensanierung ist seit den Julitagen bis jetzt ganz gewaltig. Die öffentliche Hand dürfte insgesamt mit einer Beihilfe von 800 Millionen Mark an dieser Transaktion teilnehmen. Davon sind 193 Millionen Mark verlorene Zuschüsse, 256 Millionen Mark eingegangene Verpflichtungen, die durch die Uebergabe von Schatzanweisungen abgedeckt wurden, und 175 Millionen Mark Aufwendungen zur Uebernahme von Bankaktien. Nicht alle diese Zuschüsse werden verloren sein. Es handelt sich zum Teil um Kapitalanlagen, für die Rückzahlungsverpflichtungen und Dividendenansprüche bestehen. Durch den Zusammenschluß so großer Institute, wie die Dresdner Bank und Danatbank, und die Einschränkungen der übrigen Banken entstehen naturgemäß große soziale Auswirkungen. Ein erheblicher Teil des Bankenpersonals in den Zentralen und Filialen wird überflüssig. Um diese sozialen Schäden zu mildern, hat das Reich den Betrag von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Damit wird naturgemäß nur ein Teil des Schadens ersetzt werden, den Tausende von Bankangestellten erleiden. Immerhin ist es vorerst eine Hilfe. Da das Reich die Mittel, die zu dieser großen Transaktion notwendig waren, nicht zur Verfügung hat, soll die Golddiskontbank, eine Tochtergesellschaft der Reichsbank, mit erheblichen Mitteln einspringen. Um diese Hilfe leisten zu können, erhöht sie ihr Kapital von 200 auf 400 Millionen Mark.

Es war wirtschaftlich unmöglich, die Großbanken Deutschlands versacken zu lassen. An den Großbanken hängen mindestens 80 % der Betriebe der Industrie, des Handels und Verkehrs. Die Zahl der Konten beträgt allein bei der DD.-Bank 817 000. Daraus kann man sich einen Begriff machen, was eine solche Bank innerhalb der Wirtschaft bedeutet. Auch die Arbeiterschaft muß im Interesse der Beschäftigungsmöglichkeit dem Sanierungswerk der Reichsregierung zustimmen. Wenn die öffentliche Hand die übergroße Mehrzahl der großen Bank-

gewaltigen. Welch eine Wendung bedeutet nunmehr die historische Bankensanierung am 22. Februar 1932! Hätten wir einen sozialistisch orientierten Staat, dann wäre jetzt der Augenblick gekommen, die Herrschaft und Führung im Bankwesen an sich zu reißen und durch die organische Zusammenfassung aller finanziellen Kräfte die Wirtschaft in Deutschland planmäßig zu beeinflussen und für alle Zeiten zu beherrschen. Da dies leider nicht der Fall ist, müssen wir uns mit weniger begnügen.

Versuchen wir, kurz das Wesentliche der Transaktion herauszustellen. Die DD.-Bank ist gezwungen, Abschreibungen und Rückstellungen im Ausmaß von 275 Millionen Mark vorzunehmen. Von den der Bank gehörenden eigenen Aktien in Höhe von 105 Millionen Mark werden 33 Millionen Mark eingezogen. Die restlichen 72 Millionen Mark sollen zur Hälfte zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Die andere Hälfte und 14 Millionen Mark neue Aktien übernimmt die Golddiskontbank. Das übrigbleibende Aktienkapital in Höhe von 180 Millionen Mark wird im Verhältnis von 5 : 2, also auf 72 Millionen Mark zusammengelegt. Hieraus entsteht ein Buchgewinn von 108 Millionen Mark. Dem Reservefonds werden zur Verlustdeckung 145,6 Millionen Mark entnommen. Den Jahresbetriebsgewinn von 23,2 Millionen Mark, ebenfalls als Deckungsquelle hinzugenommen, ergibt eine Gesamtreservestellung in Höhe von 276,8 Millionen Mark. Nach der Verlustdeckung verbleibt ein Ueberschuß von

institute zu übernehmen gezwungen war, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich diese Herrschaft nicht wieder für einen Pappenstiel aus der Hand winden zu lassen, sondern dauernd zu behalten. Durch die Kassen der Großbanken strömt der größte Teil des mobilen Volkvermögens. Die Richtung des Kapital-

stroms kann nur von diesen Stellen aus bestimmt werden. Aus diesem Grunde und auch deshalb, solche Katastrophen wie im Vorjahr zu vermeiden, ist es notwendig, daß die öffentliche Hand Besitzer der Banken bleibt und diese im Gesamtinteresse der Volkswirtschaft zu beeinflussen bestrebt ist.

## Die Bautätigkeit 1931

Den baugewerblichen Arbeitern ist der katastrophale Rückgang der Bautätigkeit im Jahre 1931 sehr wohl bekannt. Die enormen Arbeitslosenziffern zeigten überall, in welchem Ausmaß die Bautätigkeit eingeschrumpft ist. Rund 75 bis 80 % aller baugewerblichen Arbeiter waren im Monatsdurchschnitt des Jahres 1931 ohne Beschäftigung. Die Ursachen der unheilvollen Zustände auf dem Gebiete der Bauwirtschaft sind hinlänglich bekannt; sie liegen in den wohnungsbaufindlichen Maßnahmen der Reichsregierung und in den Kreditschwierigkeiten begründet.

Nunmehr liegen die Zahlen für die gesamte Bautätigkeit des Jahres 1931 vor. In den statistisch erfaßten Groß- und Mittelstädten wurden 26 % weniger Wohnungen als im Vorjahr gebaut. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die kleinen Wohnungen erheblich zugenommen haben, also der um b a u e Raum kleiner geworden ist. Leider wird der umbaute Raum für Wohngebäude nicht veröffentlicht. Ueber das Vordringen der kleinen Wohnungen unterrichtet nachstehende Tabelle:

Von 100 Neubauwohnungen entfielen auf Kleinwohnungen (1 bis 3 Wohnräume)	1929	1930	1931
	43,0	49,4	57,0
auf Mittelwohnungen (4 bis 6 Wohnräume)	53,8	48,2	41,1
auf Großwohnungen	3,2	2,4	1,9

Mit der Verkleinerung der Wohnungen ist auch die Zahl der Wohnungen in einem Gebäude gestiegen, nämlich von 2,9 Wohnungen im Jahre 1921 auf 5,1 Wohnungen im Jahre 1931.

Mit der Bauleistung des Jahres 1931 sind dem Wohnungsmarkt der Städte mit über 50 000 Einwohnern seit 1919 rund 1,1 Millionen Wohnungen zugeführt, denen ein Abgang von 35 000 Wohnungen gegenübersteht. Der gesamte Wohnungsbestand in den Groß- und Mittelstädten belief sich Anfang Januar 1932 auf 6,4 Millionen Wohnungen, von denen 17 % Neuwohnungen waren, gegenüber 15,4 % Anfang 1931 und 13,2 % Anfang 1930. Unter den Großstädten steht Gleiwitz mit 32,6 % Neubauwohnungen vom Gesamtwohnungsbestand Anfang 1932 an erster Stelle und Plauen mit 10,8 % an letzter Stelle.

## Für Förderung des Wohnungsbaues

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat soeben zwei Gesetzentwürfe über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer im Reichstag eingebracht.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist größer denn je. Die Zahl der Erwerbslosen hat 6 Millionen überschritten. Aus dem Rückgang der Ausfuhr, der trotz der wiederholten Lohnsenkung bereits eingesetzt hat, droht weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Infolge der Zwangseingriffe am Kapitalmarkt ist die innerdeutsche Kapitalbildung mangelhafter denn je, während gleichzeitig die Kapitalflucht trotz schärfster Gegenmaßnahmen nicht zum Stillstand gebracht werden kann. Am schlimmsten ist die Situation im B a u g e w e r b e. Während wir 1930 noch über 300 000 Wohnungen gebaut haben, sind 1931 nur noch 200 000 errichtet worden. Im Jahre 1932 aber muß die Wohnungsbautätigkeit gänzlich zum Erliegen kommen, weil weder private noch öffentliche Mittel zur Verfügung stehen. Schon im Jahre 1931 waren durchschnittlich 68 % aller Bauarbeiter erwerbslos, und gegenwärtig beträgt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sogar 90 % und mehr. Dazu kommt, daß auch die öffentliche Hand wegen der verschärften Finanznot nicht mehr bauen kann und die Errichtung von Verwaltungsneubauten durch die Notverordnung aus-

Unter dem Druck der schwierigen Verhältnisse, in denen sich die öffentlichen Körperschaften und die private Wirtschaft befanden, ist auch die Nichtwohnbautätigkeit im Jahre 1931 stark zurückgegangen. Insgesamt wurden in den Groß- und Mittelstädten 5400 Nichtwohngebäude mit 11 Millionen Kubikmeter umbautem Raum fertiggestellt, fast um die Hälfte weniger als im Vorjahr (21 Millionen Kubikmeter). Bei den öffentlichen Bauten (3 Millionen Kubikmeter) belief sich der Rückgang gegenüber 1930 auf 54 %, bei den gewerblichen Bauten (8 Millionen Kubikmeter) auf 43 %.

Nachstehende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Bautätigkeit in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Einwohner. In den Städten von 10 000 bis 50 000 Einwohnern betragen die Bauvollendungen 28 835 Wohnungen gegen 35 079 im Vorjahr.

Wohngebäude	1931	1930
Baubeginne	11 889	26 040
Bauvollendungen	23 413	33 241
Wohnungen		
Baubeginne	50 130	125 452
Bauvollendungen	119 876	161 961
Oeffentliche Gebäude		
Baubeginne	1,48	3,13
Bauvollendungen	2,97	6,50
Gewerbliche Gebäude (Mill. cbm umbauter Raum)		
Baubeginne	4,40	9,75
Bauvollendungen	8,04	14,11

In diesen trockenen Zahlen spiegelt sich die ganze Tragik des Baugewerbes, vor allen Dingen aber die des baugewerblichen Arbeiters wieder. Es ist erschütternd, wenn immer wieder festgestellt werden muß, daß weit über 1 Million Bauarbeiter zum Feiern gezwungen ist, während auf der andern Seite ein erheblicher Mangel an Kleinwohnungen besteht. Angesichts dieser ungeheuerlichen Schrumpfung der Bautätigkeit ist es ein Gebot der Stunde, daß die Reichsregierung nach Mitteln und Wegen sucht, um die Bauwirtschaft anzukurbeln. Heute gilt mehr denn je das bekannte Wort: Nur die Arbeit kann uns retten!

drücklich untersagt worden ist. Andererseits ist der Bedarf an Kleinwohnungen zu erschwinglichen Mieten nach wie vor groß. Die Tatsache, daß einige teure Neubauwohnungen und eine größere Anzahl großer Wohnungen zur Zeit leer stehen, ist von den Gegnern des öffentlichen Wohnungsbaues dahin aufgebauscht worden, als ob wir überhaupt keinen Bedarf an Neubauwohnungen mehr haben.

In Wahrheit muß man unter normalen Verhältnissen noch auf Jahre damit rechnen, daß in Deutschland jährlich 250 000 neue Wohnungen gebraucht werden, weil so viel jährliche Eheschließungen zu erwarten sind. Nur während der Dauer der Krise wird dieser Wohnungsbedarf nicht in vollem Umfange fühlbar, weil die Eheschließungen wegen der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse stark eingeschränkt werden. Damit wird aber der Wohnungsbedarf nicht aufgehoben, sondern nur aufgestaut und, sobald die Krise vorübergeht, muß er sich in doppeltem Maße bemerkbar machen. Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues sind also zwei Fragen, die aufs engste miteinander zusammenhängen und die mit möglicher Beschleunigung gelöst werden müssen, wenn nicht eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise eintreten soll.

Diesem Ziel dienen die sozialdemokra-

# Wir schlagen Hitler!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Diktatur geschlagen.

Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Duesterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gwaltthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Mag sich Thälmann noch so sehr bücken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich Eberts nicht erreichen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah — darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden.

Eiserne Front! Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Schlagt Hitler, und die faschistische Front zerbricht!

Die Eisernen Front kämpft, sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unserer Sache, nicht eines Namens.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Darum entscheidet sich die Eisernen Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

## Eiserne Front! Vorwärts zum Angriff! Am 13. März wird Hitler geschlagen!

Berlin, den 1. März 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

tischen Gesetzentwürfe. Es kann nur erreicht werden, wenn die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Bautätigkeit sofort bereitgestellt werden. Die Erdrosselung des öffentlichen Wohnungsbaues ist eingetreten, weil die Regierung Brüning die Hauszinssteuer abgebaut und den Hausbesitzern Milliarden an Steuergeschenken in Aussicht gestellt hat. Durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wird die Hauszinssteuer vom 1. April an um 20 % gesenkt. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat angeordnet, daß die Hauszinssteuer vom 1. April 1935 und vom 1. April 1937 ab jeweils um weitere 25 % abgebaut werden, und daß sie vom 1. April 1940 an überhaupt in Fortfall kommen soll.

Die Sozialdemokratie ist die schärfste Gegnerin dieses Abbaues der Hauszinssteuer, der den Hausbesitzern in einer Zeit größter Finanznot ungeheure Sonderprofite ermöglichen würde. Es geht aber nicht an, die Senkung der Hauszinssteuer um 20 % vom 1. April dieses Jahres an einfach wieder rückgängig zu machen. Denn wir haben inzwischen die zehnprozentige Mietsenkung bekommen, und die Hausbesitzer brauchen in der Regel die Ermäßigung der Hauszinssteuer, um die Mietsenkung tragen zu können. Infolgedessen schlägt die Sozialdemokratie in ihrem Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Hauszinssteuer vor, die Hauszinssteuer auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Die jetzige Hauszinssteuerbelastung soll in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden. Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen und kann innerhalb dieser Zeit durch Zahlung eines entsprechenden Kapitalbetrages abgelöst werden. Durch genaue Anpassung der Rentenschuld an den Gewinn, den der einzelne Hausbesitzer durch die Inflation gemacht hat, soll ein höheres Aufkommen als bei der Hauszinssteuer erreicht werden, ohne daß eine allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer eintritt. Um die kleinen Hausbesitzer zu schonen, ist bestimmt, daß die Häuser bis zu 5000 M Friedenswert von der Rentenschuld vollständig befreit werden, während bei den Grundstücken bis zu 10 000 M Vorkriegswert jegliche Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustande ausgeschlossen werden soll. Selbstverständlich sind für die Erwerbslosen dieselben Vergünstigungen vorgesehen wie bisher, und ebenso soll für die leerstehenden Wohnräume, wie bisher, ein Erlaß der Rentenschuld erfolgen.

Auf diese Weise wird erreicht, daß auch im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Mittel für den Wohnungsbau verwendet werden können. Aber diese öffentlichen Mittel reichen nicht aus, um angesichts

des völligen Daniederliegens des privaten Kapitalmarktes die Bautätigkeit genügend in Gang zu bringen. Deshalb sieht der sozialdemokratische Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung vor, daß weitere Mittel für den Wohnungsbau durch Auflegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung flüssig gemacht werden sollen. Diese Reichsanleihe soll so gestaltet werden, daß sie insbesondere geeignet ist, daß in großem Maße gehamsterte Bargeld aus den Sparstrümpfen wieder herauszulocken und wieder für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Von ihrem Ertrage sollen zwei Drittel für den Wohnungsbau, der Rest für andere öffentliche Bauten, insbesondere für Straßenbauten usw. verwendet werden. Die Fraktion wird den Gesetzentwurf in den nächsten Tagen ebenfalls im Reichstag einbringen.

Diese beiden Gesetzesvorlagen der Sozialdemokratie, die bis in alle technischen Einzelheiten ausgearbeitet sind, stellen gesetzgeberische Vorarbeiten von weittragender Bedeutung dar. Sie weisen einen Weg zur Arbeitsbeschaffung, der sofort gangbar ist. Dabei werden keinerlei Inflations- und Kreditexperimente gemacht, die im Ergebnis der Arbeiterschaft nur schaden und nicht nützen würden. Ebenso wenig werden utopische und wirtschaftsvernichtende Steuerpläne entworfen, mit denen die Kommunisten die breiten Massen einzufangen versuchen. Der Reichstag wird durch die beiden Gesetzentwürfe vor eine bedeutende Entscheidung gestellt: Wenn er verhindern will, daß die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt und das Wirtschaftsleben vollends zusammenbricht, dann muß er diese Entwürfe mit größter Beschleunigung annehmen.

## Die Nazioten gegen Arbeitszeitverkürzung, Sozialrentner und Erwerbslose

Die „seriöse“ NSDAP-Literatur bemüht sich in der letzten Zeit um das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. So hat in einem Wirtschaftspolitischen Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, Am Karlsbad 19, ein Herr Ottokar Lorenz, der sich als Referent für Sozialpolitik in der Reichsleitung der NSDAP. bezeichnet, eine Broschüre herausgegeben, die unter dem Titel: „Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ die nationalsozialistischen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält. Lorenz bringt nichts Neues, empfiehlt Siedlung, Arbeitsdienstpflicht und inflationistische Maßnahmen. Heftig nimmt er gegen die Forderungen der Gewerkschaften zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Stellung.

„Die erste Forderung der Gewerkschaften ist Verkürzung der Arbeitszeit. 40-Stunden-Woche! Als ob das deutsche Volk an einem Uebermaß von Arbeit zugrunde ginge und nicht an der Arbeitslosigkeit! Wenn die Gewerkschaften den Arbeitslosen durch Einführung der 40-Stunden-Woche Arbeit verschaffen wollen, so machen sie alle deutschen Arbeiter zu Hungerleidern. Im nächsten Jahr können wir dann bei der 20-Stunden-Woche angelangt sein, im übernächsten bei der 10-Stunden-Woche. Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Wahnsinn, das ist Verrat an der deutschen Arbeiterschaft... Eine Erhöhung der Geldlöhne würde heute lediglich inflationistische Wirkungen hervorrufen und die Reallöhne des Arbeiters nicht erhöhen, sondern viel eher gefährden... Durch den Abbau der Agrarzölle, den die Gewerkschaften fordern, würde die letzte sichere Arbeitsgelegenheit, die das deutsche Volk hat, zerstört werden.“

Der Herr Referent für Sozialpolitik von der Reichsleitung der NSDAP. würde gut tun, bei irgendeiner Universität volkswirtschaftliche Anfängerübungen zu belegen.

Auch die Nationalsozialistischen Monatshefte widmen ihr Februarheft der Frage der Arbeitsbeschaffung. In einem grundsätzlichen Aufsatz wird mit vielen rechnerischen Taschenspielerkunststücken ein Arbeitsbeschaffungsprogramm empfohlen, dessen Finanzierung unmöglich ist. Die ganze Stellungnahme zur Finanzierungsfrage gipfelt in dem Satz:

„Notstandsarbeiten sind Kapitalanlagen der Volkswirtschaft und müssen aus grundsätzlicher und praktischer Notwendigkeit ohne Zulassung des Leihkapitals finanziert werden.“

Ueber das „Wie“ gleitet der Autor (Bernhard Köhler) immer wieder hinweg. Wir wissen ja, daß die Nazioten eine Arbeitsdienstpflichtarmee schaffen wollen, die jene „Notstandsarbeiten“ zu leisten hätte. Die „Faulenzer“, so schreiben die Nazis von den Arbeitslosen, müssen wieder an die Arbeit gewöhnt werden. Mit den Aermsten der Armen treiben die Nazioten Spott und Hohn. Der Leiter der Landwirtschaftsabteilung bei der Reichsleitung der NSDAP. in München, R. Walter Darré, schreibt in seinem Buche „Neuadel aus Blut und Boden“ auf Seite 51:

„Liberalismus und Marxismus haben es auf dem Gewissen, wenn heute in unserm Volkskörper die Gesetze des Lebens mißachtet und verspottet werden. Nur so läßt es sich erklären, daß ein Volk von der hochwertigen Begabungsveranlagung wie das deutsche, den Wahnsinn hat, die Gesunden für die Minderwertigen arbeiten zu lassen, und durch eine ausgiebige — angeblich soziale — Gesetzgebung auch noch dafür Sorge zu tragen, daß einem Untermenschentum die weitesten Lebensmöglichkeiten bleiben.“

Arbeitsrecht, Tarifverträge, Sozialgesetzgebung, Erwerbslosenfürsorge kommen also nur dem „Untermenschentum“ zugute. Die erwerbslosen SA-Leute aber zum Beispiel, die gleichfalls stempeln gehen und aus der Erwerbslosenfürsorge Nutzen ziehen, was aber sind denn die?

## Republik und Gewerkschaften

Es gibt nur zwei Staatsformen. Die Monarchie, mit erblicher Regentfolge, und die Republik mit einem auf bestimmte Zeit durch geheime Volkswahl

gewählten Staatsoberhaupt. Die Monarchie ist der Obrigkeitsstaat mit Herrscher und Untertanen. Die Republik dagegen ist der Volksstaat, aufgebaut auf der Demokratie, der Volksherrschaft. Die Demokratie ist die Staatsform, unter der alle wahlberechtigten Staatsbürger mit gleichen Rechten an der Bildung des Staatswillens teilnehmen können. Für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, für die Verwirklichung des Sozialismus ist die demokratische Republik der günstigste Boden. Die demokratische Republik bietet auch allein die unerläßliche Vorbedingung für den Sieg der Arbeit über die kapitalistische Ausbeutung.

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. So lautet Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Nach dieser Verfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufgehoben. Jeder Deutsche hat das Recht, im Rahmen der Gesetze seine Meinung durch Wort und Schrift frei zu äußern. Ihn darf an diesem Recht kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Sie können zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften bilden.

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß nach der Verfassung den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

Die Reichsverfassung proklamiert die völlige staatsbürgerliche Gleichstellung der Arbeiterschaft mit allen andern Schichten der Bevölkerung.

Die Gewerkschaften brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Durchsetzung ihrer Ziele Bewegungsfreiheit. Auch diese Voraussetzungen sind in der Reichsverfassung verankert und gesichert. Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen wird für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Die deutsche Wirtschaft ist heute und in absehbarer Zeit immer noch überwiegend privatkapitalistisch. Besitzer der Produktionsmittel sind allein die Unternehmer. Trotzdem werden den Arbeitern in der Verfassung wichtige wirtschaftliche Rechte eingeräumt. Sie sind berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer und ihre Vereinbarungen werden staatlich anerkannt. Die Unternehmer können demnach nicht mehr in ihren eigenen Betrieben schalten und walten,

wie sie wollen. Die Arbeiter haben mitzureden und mitzubestimmen. Sie können ihren Willen zur Geltung bringen, vorausgesetzt, daß sie einen haben.

Die deutsche Reichsverfassung ist aufgebaut auf breiterer demokratischer Grundlage. Sie ist die freieste und demokratischste Verfassung der Welt. Die deutsche Arbeiterschaft kann entsprechend ihrer Stärke und Bedeutung in der Volksgemeinschaft ihren Willen politisch wie wirtschaftlich geltend machen. Sie kann die Staatspolitik und Wirtschaft nach ihrem Willen gestalten. Die Demokratie ist allein der geeignetste Kampfboden für die Gewerkschaften bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum. Die deutsche Reichsverfassung garantiert den Gewerkschaften volle Freiheit zur Entwicklung ihrer Kräfte und Entfaltung ihrer Macht. Allein deshalb verteidigen die Gewerkschaften die Deutsche Republik mit allen Mitteln. Sie wehren alle Angriffe der Gegner dieser Staatsform entschieden ab, ganz gleich, woher sie kommen.

## Lebenshaltungskosten und Löhne

Nunmehr ist eine genaue Uebersicht über die Senkung von Preisen und Löhnen durch die Notverordnung möglich. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Lohnsenkung vom 1. Dezember 1931 bis Anfang Januar 1932 für Facharbeiter 9,1, für Angelernte 10,2, Hilfsarbeiter 9,3, weibliche Facharbeiter 11,4 und für Hilfsarbeiterinnen 11,3 %. Die Lohnsätze lagen nicht durchweg auf den Sätzen von 1927. Meistens lagen sie höher und in einzelnen Fällen niedriger. Im Durchschnitt aller erfaßten Gewerbe stellen sich die Tarifsätze vom 1. Januar 1932 an für Facharbeiter um 2,7 %, für Hilfsarbeiter um 3,1 % höher als die für den 10. Januar 1927 ermittelten. Soweit die Löhne. Nach dem Versprechen der Regierung sollte eine Senkung der Preise mindestens in dem gleichen Maße eintreten. Die Lebenshaltungskosten können hier als Spiegelbild der Preisentwicklung gelten. Die Lebenshaltungskosten weisen im Durchschnitt des Monats Januar mit 124,5 einen um 4,5 niedrigeren Stand als im Durchschnitt des Dezember 1931 auf. Nimmt man die Senkung der Löhne um rund 10 % an, so ist die Lohnsenkung in dem doppelten Ausmaß gegenüber der Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Das ist das Fazit der großen Absenkung der Löhne und Preise. Der Lebensstandard der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde dadurch nicht unwesentlich verschlechtert. Daß die Preise seit der oben angezogenen Berechnung weiter im nennenswerten Maße nachgegeben haben sollen, wagen wir zu bezweifeln. In der Zeit vom 3. bis 10. Februar hat der Großhandelsindex sogar eine Steigerung um 0,3 % erfahren. Gestiegen sind alle Sorten Nahrungsmittel, insbesondere Vieh und Vieherzeugnisse. Namentlich ist die Butter infolge der Zollmaßnahmen in die Höhe gegangen. Die schicksalhafte Verbundenheit von Preisen und Löhnen nach den Worten des Reichskanzlers zeigt sich in einem eigentümlichen Licht.

## Internationale Nachrichten

### Arbeitsfriede in Dänemark

Der drohende Arbeitskampf in Dänemark ist durch das Eingreifen des Ministerpräsidenten Stauning und unter Mitwirkung des staatlichen Schlichters in der Weise beigelegt worden, daß sämtliche im Jahre 1932 ablaufenden Tarifverträge um ein Jahr verlängert wurden.

Der Schlichtungsvorschlag sieht weiter vor, daß bezüglich einiger Fragen, über die bisher keine Einigung erzielt werden konnte, neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Spitzenorganisationen der Arbeiter und Arbeitgeber unter Leitung des staatlichen Schlichters aufgenommen werden sollen. Diese Verhandlungen sollen bis zum 1. November 1932 beendet sein.

Damit sind die für die Arbeiter unannehmbaren Forderungen des Arbeitgebervereins auf 20prozentigen Lohnabbau, dreijährige Laufzeit sowie gemeinsame Ablauffrist sämtlicher Verträge zum 1. Januar fortgefallen, und die Tarifbewegung hat einen für die dänischen Gewerkschaften zufriedenstellenden Abschluß gefunden.

## Verbandsnachrichten

### Bekanntmachungen

#### Zentralvorstand

#### Kalendergewinne abfordern!

Wir verweisen die Kameraden nochmals auf die in Nr. 8 des „Zimmerer“ vom 20. Februar 1932 veröffentlichte Gewinnliste für unsere Verbands-Taschenkalender. Die Kameraden, die als Gewinner in Frage kommen, werden ersucht, die Gewinne unter Beachtung der Bestimmungen, die in der oben erwähnten Bekanntmachung veröffentlicht wurden, beim Verlag des „Zimmerer“, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47, abzufordern.

Der Zentralvorstand.

### Zahlstellenberichte

Berlin. (Jahresbericht.) In der am 19. Februar stattgefundenen Zahlstellenversammlung erstattete Kamerad Frach den Bericht über das Jahr 1931. Das verflossene Jahr brachte den völligen Zusammenbruch des Baumarktes und noch nie dagewesene Belastungen der Arbeiterklasse mit sich. Die Festsetzung der Löhne nahm einen ganz andern Weg, als wir es bisher gewohnt waren. Die Frühjahrslohnbewegung brachte uns einen 7prozentigen Lohnabbau, trotzdem sich unsere in Arbeit stehenden Kameraden durch einen mehrwöchigen Streik dagegen wehrten. Im Spätherbst wurden 14 Millionen Mark bereitgestellt, um den völlig brachliegenden Berliner Baumarkt zu beleben. Uns gelang es, mit den an diesen Bauten beteiligten Unternehmern für den Winter die 35- und für den Sommer die 40stündige Arbeitszeit zu vereinbaren. Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder unseres Verbandes war das Jahr hindurch sehr groß. Trotz dieser äußerst ungünstigen Verhältnisse und trotzdem die RGO die äußersten Anstrengungen machte, ist unser Mitgliederbestand stabil geblieben. Nach einer regen Aussprache erteilten die Delegierten dem Gesamtvorstand Entlastung und wählten ihn in geheimer Wahl mit überwältigender Mehrheit wieder.

Genthin. Am 14. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung. Kamerad Ziemann, Magdeburg, hielt einen interessanten Vortrag über „Gewerkschaften und Faschismus“. Der Referent verstand es sehr gut, alle die Gegenwartsfragen den Kameraden auseinanderzusetzen. Die Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen. Weiter wurde auf die Schaffung der „Eisernen Front“ hingewiesen; es sei Pflicht eines jeden Gewerkschafters, sich dieser anzuschließen, um die Machtgelüste der Hakenkreuzler abzuwehren und um das zu halten, was bisher die Gewerkschaften erkämpft haben. Mit dem Gelöbnis „Alle Mann auf die Barrikaden der „Eisernen Front“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

Isny i. Allgäu. (Jahresbericht.) Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete über das verflossene Geschäftsjahr. An Versammlungen fanden 7 statt. Die Lohnbewegung endete mit Herabsetzung der bisherigen Tarifsätze. Nach Erledigung des Kassenberichts wurde der bisherige Ausschuß wiedergewählt, mit Ausnahme des Kassierers, an dessen Stelle Kamerad Halder gewählt wurde. Gauleiter, Kamerad Rempt, hielt einen interessanten Vortrag über die Lage im Reich. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

(Fortsetzung der Berichte Seite 78.)

## Außerordentlicher Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Doltowstraße 15. Beginn: vormittag 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

### TAGESORDNUNG:

## Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Vorstandsvorsitzenden überlassen.

DER BUNDESVORSTAND. Leipart.

# UNTERHALTUNG WISSEN



## Sechs Millionen

Sechs Millionen stempeln geh'n:  
Menschen, könnt ihr das versteh'n,  
Wieviel Sorgen, Not und Qual  
Liegt in dieser großen Zahl?

Zwölf Millionen fleiß'ge Hände,  
Die sich regten ohne Ende,  
Sind zum Feiern jetzt verdämt,  
Wandern nach dem Arbeitsamt.

Und nach vielen, vielen Fragen  
Und nach vielen Wartetagen  
Hat man dann erreicht das Ziel —  
Doch zum Sterben gib'ts zuviel  
Und zum Leben gib'ts zu wenig.  
Dennoch dankt man untertänig,  
Daß man uns das Leben streckt,  
Daß man doch nicht ganz verreckt . . .

Doch es wird euch nie gelingen,  
Ganz uns auf die Knie zu zwingen!  
Denn es kommt einmal die Zeit,  
Wo das Volk in Einigkeit  
Hat sein Schicksal ganz erkannt,  
Jedem reicht die Bruderhand,  
Der mitstrebt nach gleichem Recht.  
Dann gib'ts weder Herr noch Knecht,  
Und vorbei ist alle Not:  
Jedem Arbeit, jedem Brot . . .

H. Peters.

## Abenteuer im Schneesturm

Es war ein bitterkalter Wintertag. In der Regel trafen wir uns zur Wintersonnezeit in der Spinnstube. Nur diesen Abend nicht. Wir jungen Burschen gingen zum Kartenspielen in unser Dorfwirtschaftshaus. Es war schon spät geworden. Da kam der Posthalter, ein großer, kräftig gebauter Mann, der jedoch blaß und kränklich aussah. In der Hand hielt er ein Papier. Es war ein Telegramm, das für einen weit entfernt liegenden Gutshof bestimmt war. Der Posthalter verhandelte zunächst mit dem Wirt, und wir konnten hören, um was es sich drehte. Der Posthalter hatte mehrere Tage krank im Bett gelegen und fühlte sich noch nicht kräftig genug, um das Telegramm an die richtige Stelle zu befördern. Kein Mensch konnte dem Posthalter zumuten, in der bitterkalten Winternacht den weiten Weg nach dem Gutshof anzutreten, zumal es draußen fürchterlich stürmte und schneite. Der Posthalter versprach eine kleine Entschädigung von 2 Mark, wenn einer von uns das Telegramm an den Adressaten abliefern würde. Wir besannen uns nicht lange, obwohl wir wußten, daß der Weg sehr weit und der Schneesturm fürchterlich war. Es kam ferner hinzu, daß der Gutsbesitzer wegen seiner Brutalität von allen Leuten gefürchtet, und außerdem der Hof von einem besonders gefährlichen Bernhardiner Hund bewacht wurde. Der Posthalter instruierte uns, wie wir uns gegenüber dem Bernhardiner Hund und auch gegenüber dem Gutsbesitzer beim Anruf zu verhalten hätten.

Nun ging es los. Wir stürmten hinaus in die fast undurchdringliche Winternacht. Selten legte der Schneesturm mit einer derartigen Stärke wie an diesem Abend. Obwohl wir besser auf der Fahrstraße geblieben wären, kamen wir sehr bald auf den Gedanken, einen kürzeren Weg einzuschlagen. Wir gingen einen Fußweg, der uns beinahe zum Verhängnis geworden wäre. Höher und höher wurden die Schneemassen. Bei jedem Schritt, den wir vorwärts machten, pff! uns der Schneesturm um die Ohren, daß es beängstigend wurde. Neben mir ging mein Freund. Wir sprachen kein Wort miteinander, sondern unser Ziel war der Gutshof — den wir nun bald erreichen mußten.

Mühsam arbeiteten wir uns vorwärts. Die Anstrengungen des Marsches wurden immer größer. Wo der Schnee zu-

sammengeweht war, sanken wir ein bis an die Hüften. Aber immer wieder ging es vorwärts. Sollten wir umkehren und uns blamieren? Nein, das wollten wir nicht. Zu allem Unglück stellten wir nach weiterem Marsche fest, daß wir die Richtung verloren hatten. Wir marschierten und marschierten. Da wir beide keine Uhr hatten, konnten wir auch nicht feststellen, wie lange der Marsch in die Schneewüste bei diesem fürchterlichen Wetter dauerte. Inzwischen mußten wohl schon Stunden vergangen sein. Nur mühsam arbeiteten wir uns in dem furchtbaren Schneesturm vorwärts. Der Schweiß perlte nur so von uns herunter. Wir marschierten auf Geratewohl rein gefühlsmäßig nach jener Richtung, wo wir den Gutshof vermuteten.

Nun sollte das zweite Abenteuer beginnen. — Nachdem wir schweißtriefend am Gutshof angelangt waren, riefen wir einige Male. Doch niemand antwortete. Endlich öffnete sich ein Fenster in der oberen Etage des Gutshofes. Der Gutsbesitzer war empört, daß er nach 1 Uhr in der Nacht in seinem Schlaf gestört wurde. Sehr bald öffnete uns der Oberverwalter, der uns in den Gutshof einließ. Wir wurden in ein Zimmer geleitet, gaben das Telegramm ab und machten es uns bequem. Fürchterliche Stunden lagen hinter uns. Wir erzählten kurz unsere Erlebnisse; auch der sonst nicht angenehme Gutsherr nahm von unserm gefährlichen Abenteuer Kenntnis. Wir mußten diese Nacht im Gutshof schlafen, weil an eine Rückkehr bei dem furchtbaren Schneesturm nicht zu denken war. Am andern Morgen erfuhren wir zu unserm Erstaunen, warum wir uns eigentlich in die große Gefahr begeben hatten. Das Telegramm, das wir beförderten, hatte folgenden Wortlaut: Treffen morgen 10 Uhr auf Station XY mit einer Ladung frisch melkender Kühe ein. Bei Bedarf einfinden. K. B. — Wegen dieses Telegramms haben zwei junge Menschen beinahe ihr Leben aufs Spiel gesetzt. Wie durch ein Wunder wurden wir gerettet.

Hermann Wex.

## Lieferung nach Königstein

Hakenkreuzler, Hand in Hand mit der Reaktion, verkünden täglich in ihrer Presse die Not und das Baldsterbenwerden der Konsumgenossenschaften. Sie schwenken dem sogenannten „Mittelstand“, der sich noch nicht zum Proletariat bekennen will, obwohl er schon längst verproletarisiert ist, immer und immer wieder das „Schreckenstuch“ von der Vernichtung der kleinen Handwerker und der kleinen Betriebe durch die Konsumgenossenschaften. Diese Leute wollen nicht etwa dem „kleinen“ Mann aus seinen Sorgen und Nöten helfen — davon redet man bloß —, sondern den gewaltigen Arm konsumgenossenschaftlicher Gütererzeugung als Preisregulator vom Markt verdrängen. Sie nur allein wollen die Preise machen.

Folgender Artikel soll einen Einblick über den gewaltigen Vertrieb konsumgenossenschaftlicher Gütererzeugung geben: Die Dresdner Konsumgenossenschaft steht mit ihrem Umsatz an erster Stelle der sächsischen Verbandsgenossenschaften. Wir wollen an Hand nur einer Lieferung sehen, die nach Königstein abrollen soll, wie weit die Waren in wenigen Stunden den Mitgliedern zugehen.

Wir müssen uns um Dresden eine 20- bis 40-Kilometer-Zone denken. So weit reicht das Lieferungsgebiet. 48 Lieferwagen verlassen täglich die Autogaragen, um dem gewaltigen Lieferungsplan gerecht zu werden. Stellt euch vor: 48 Wagen; was die täglich für Waren schlucken.

Die Autos, die unsere weitliegenden Verteilungsstellen beliefern sollen, werden schon früh 5.30 Uhr geladen. Das

geschieht, damit diese zuerst mit abrollen können und damit für diejenigen Wagen an der Laderampe Platz wird, die eine Stunde später ihren Dienst antreten.

Von 5.30 bis 6.30 Uhr wird mächtig gearbeitet. Da kommen die Semmeln und das Brot dazu; alles will abgefertigt werden. Motorwagen und Anhänger sind jetzt prall bis zur Plane hinauf vollgestopft.

Lieferung Königstein rollt elbaufwärts, der Sächsischen Schweiz zu. Unser Motor arbeitet außerordentlich gut.

Wir haben den Großstadtgürtel gesprengt. Bunte Siedlungen, die sich hier draußen wie ein anderes Völkchen inmitten Acker- und Saatzfeldern breitgemacht haben, schweben vorüber. Links auf den Elbhöhen Loschwitz und darüber hinaus die Dresdner Heide. Die Winter-sonne wirft lange Schatten. Wir sehen unsern Wagenzug weit von uns mitrollen.

Pirna. Das Einfalltor der Sächsischen Schweiz. Unsere Fahrt geht bergaufwärts. Wir müssen jetzt aus dem Elbtal auf die Höhen, um die vielen Windungen, die die Elbe bis Königstein macht, auf schöner, glatter Landstraße abzuschneiden.

Im Schnecken tempo haben wir die Höhe bezwungen. Unter uns liegt Pirna in Rauch und Dunst. Die Elbe wälzt sich wie ein riesiger Wurm Dresden zu. Eine Wendung des Weges, und schon ist das Elbtal unsern Blicken entschwunden. Wir fahren direkt in eine dicke Nebelwand. Landschaft und Sonne sind verschwunden. Aber da ist die Straße auf einmal weit sichtbar. Weiße Wolken haben ein Stück Blau in die Mitte genommen. Durch Felder geht die Straße. Ein Waldessaum begrenzt den Horizont.

Da! — Was ist los? Unsere fragenden Gesichter tauschen Blicke. Unser Motor schnupft, er bleibt stehen. Mitten auf der Landstraße fängt das Biest an zu bocken. Und mit einemmal setzt eine wunderbare Ruhe ein. Das Motorgebrüll hat ausgesetzt. Diese Ruhe tut gut, wie einem Kranken ein bißchen Sonne. Man schiebt sein Gesicht der Sonne zu. Die Augen trinken die herbe Schönheit der Felder.

Wieder Motorgebrüll. Wir sehen vom Wangensitz aus die Buntheit der Natur, die, je näher wir Königstein kommen, immer romantischer wird. Ueber dem Elbtal brodeln und wallt milchigweiß der Nebel. Der Volksmund spricht: Der Elbschwan zieht talwärts. So wie sich die Elbe ihre Windungen gegraben hat, so steht der Nebel über ihr. Und siehe da: Zwischen Nebellücken schaut der Königstein hervor. Rauch und Dunst umwallen noch seine Hüften. Die Nebellücke reißt weiter — gigantisch schön steht der Lilienstein dem Königstein gegenüber. Sie bilden gewissermaßen jetzt zwei mächtige Torsäulen, und durch dieses Tor fließt der uralte Wanderer: die Elbe.

Der Führer drosselt den Motor ab. Er schaltet auf den dritten Gang ein, um den Wagen, der jetzt von der Höhe nach Königstein hinabrollen soll, ganz in der Gewalt zu haben. Und nur noch wenige Minuten, da fahren wir auch schon durch die engen Gassen und Straßen von Königstein zur Zweigniederlassung des Konsumvereins Vorwärts für Dresden.

Der von Dresden stationierte Autoführer mit seinem Wagen nimmt uns in Empfang. Dieser hat die Aufgabe, die von uns mitgebrachten Waren für die hier umliegenden Verteilungsstellen zu verbreiten. Da kommen Verteilungsstellen in Frage, die fast an der böhmischen Grenze liegen. Welch mächtiger konsumgenossenschaftlicher Arm muß sich hier bewegen, um solche Lieferungen zu vollbringen. Heute früh lag das Brot noch knallwarm in der Dresdner Bäckerei, und nur wenige Stunden später kann das Mitglied, das 30 bis

40 Kilometer von der Bäckerei entfernt wohnt, sein Brot frisch nach Haus tragen. Fürwahr, eine großzügige Organisation, der ein gemeinsames Wollen und Werden voranschwebt. Genossenschaftler sein heißt mehr, als nur Käufer sein. Wir alle wollen Genossenschaftler sein, die auf ihren Schultern eine andere, eine Planwirtschaft in die Welt tragen helfen.

Auch du, Kamerad, gehörst in diese wirtschaftliche Front! O. L.

## Wohnen in Kultur!

Die Baugenossenschaftsbewegung ist in Deutschland von größter Bedeutung für die Entwicklung des Wohnens. Es zeigt sich hier das gleiche, das in der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt: mit eigener Kraft will das arbeitende Volk die unsoziale Art des Lebens überwinden.

Wie stark gerade im deutschen Volke das Streben nach einem kulturellen Wohnen ist, das zeigen uns die Zahlen, die aus Amerika gemeldet werden. Sie betreffen das Wohnen der Deutschen in Unter-Manhattan.

Manhattan ist das Gebiet, das die Stadtmitte von Neuyork bildet. Es ist das am dichtesten bevölkerte Gebiet von Neuyork. Es ist zugleich Fabrik-, Hafen- und Wohnstadt. Und in diesem Gebiet des unwürdigsten Wohnens leben von allen deutschen männlichen Arbeitern nur 10,8%. Auch von den Engländern, die ja von Hause her an ein Wohnen in gewisser Kultur gewöhnt sind, wohnen nur 12,5% in diesem Neuyorker Viertel. Dagegen von den männlichen italienischen Arbeitern 61,7% und von den männlichen russischen Arbeitern 64%. Die deutschen Arbeiter stellen die niedrigste Zahl. Gutes Wohnen ist dem deutschen Arbeiter eine Kulturselbstverständlichkeit, von der er Gebrauch macht, sobald sich ihm aus den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen heraus die Möglichkeit bietet.

Leere Phrasen vom Deutschtum zu machen ist leicht. Es gilt, im Sinne des deutschen Wesens zu handeln und durch soziale Gestaltung dem Deutschen das Kulturbedürfnis zu befriedigen, das er da in so starkem Maße hat.

## Willst Du selbst Hammer sein

Der Eisernen Front gewidmet.

Sie brauchen wieder Knechte,  
die ihnen untertan  
und ohne Ziel und Rechte  
hintrotten ihre Bahn.

Ein Sinn, der frei die Zeit erfaßt,  
ist ihnen bis ins Blut verhaßt.  
Ihn wollen sie verderben  
in uns und unsern Erben.

Sie brauchen müde Nacken,  
von harter Faust gedrückt.  
Was wir zusammenpacken,  
sie wollen es zerstückt.

Kein Volk, das frei und gleich bestimmt  
und sein Geschick sich selber nimmt!  
Sie wollen als die Herren  
uns in den Kotter sperren.

Drum willst du nicht geschlagen,  
wills du selbst Hammer sein:  
dann, Volk, reih' ohne Zagen  
in unsre Front dich ein!

Die Väter haben uns gelehrt,  
wie man dem Übermute wehrt  
und nie vom Rechten lasse. —  
Der Freiheit eine Gasse!

Durch Masse!  
Nur durch Masse! Karl Bröger.

## Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg

Auskunft erteilen die Vertrauensleute  
des Deutschen Buchdruckerverbandes

**Breslau.** (Jahresbericht.) Die am 10. Februar stattgefundene Mitglieder- versammlung und die am 15. Februar tagende Zahlstellenversammlung beschäftigten sich mit dem Geschäfts- und Jahresbericht des Vorstandes. Kamerad Goldschmidt führte dazu aus, daß die Arbeitslosigkeit ganz erheblich zugenommen hat. Im Zahlstellengebiet waren am Jahreschluß 96 % aller Kameraden arbeitslos. Die Lehrlinge arbeiteten im Jahresdurchschnitt nur 32½ Wochen. Das hatte auch zur Folge, daß die Kassenverhältnisse sehr angespannt wurden. Dieser Zustand erforderte eine Belastung der Freimarken. Im Berichtsjahre fanden 8 Vorstandssitzungen und insgesamt 37 Versammlungen statt. Die Lehrlingsabteilung hatte 10 Versammlungen. In 6 Tarifamts- und 11 Schlichtungskommissionssitzungen sowie in 41 Vertretungen vor dem Arbeitsgericht, Versicherungsamt, Spruchauschuß und Amtsgericht wurden die Interessen der Kameraden vertreten. Baustellen wurden 77 besucht. Im Laufe des Berichtsjahres mußte die Zahlstelle zweimal einen Lohnabbau über sich ergehen lassen. Dem Abbau der Löhne ist der Preisabbau nicht in dem Maße gefolgt, wie es versprochen wurde, und wir werden alles daransetzen müssen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenigstens den Reallohn zu erhalten, um, wenn sich dann die Verhältnisse ändern, darauf wieder aufbauen zu können. Dazu gehört aber weiter eine geschlossene und schlagfertige Organisation, und diese zu erhalten, muß unser weiteres Bestreben sein. Bei der Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand wiedergewählt. Die Jugendbewegung hatte ebenfalls unter den schlechten Arbeitsverhältnissen zu leiden. Anschließend setzte in beiden Versammlungen eine rege Debatte ein. Im übrigen erklärten sich beide Versammlungen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden, was die Wiederwahl des Vorstandes am besten zum Ausdruck brachte.

**Chemnitz.** (Jahresbericht.) Am 21. Februar tagte im Volkshaus unsere Zahlstellenversammlung. Anwesend waren 50 Delegierte, entschuldigt fehlten 3, unentschuldigt 2. Die Bestrebungen der RGO. sind auch in unserm Zahlstellengebiet nicht spurlos vorübergegangen. In einigen Bezirksversammlungen versuchten sogar Verbandsmitglieder für die RGO. Propaganda zu machen. Um in andern Bezirken nicht ähnliches eintreten zu lassen, wurde im Einverständnis der Gauleitung und des Zentralvorstandes allen Funktionären, die im Verdacht stehen, diese verräterische Propaganda zu treiben, ein Revers vorgelegt zur Anerkennung der Verbandsatzungen sowie der Verpflichtung, keine Agitation für die RGO. zu betreiben beziehungsweise nicht Mitglied derselben zu sein. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß das Verbandsleben in allen Gebieten durch die Krise von nie gekanntem Ausmaß beeinflusst wurde. Im Chemnitzer Industriebezirk sind von den rund 150 000 Arbeitern 72 000 ohne Arbeit und 20 000 bis 22 000 arbeiten verkürzt. Mehr als 80 % sind im Durchschnitt unsere Mitglieder arbeitslos gewesen. Zur Zeit sind es mehr als 92 %. Der erste Lohnabbau im Berichtsjahre sowie die zwei ersten Sprüche der Tarifinstanzen wurden abgelehnt, und die Kameraden, die sich dazu nicht bereitfinden, billiger zu arbeiten, wurden ausgesperrt. Der Abbau konnte leider nicht voll zurückgewiesen werden, aber einen Teilerfolg hatten die Zimmerer Sachsens doch erzielt. Gemessen an der schlechten Arbeitsgelegenheit, ist es ein anerkennenswerter Erfolg. An dem Abwehrkampf waren beim Abbruch noch 57 Kameraden beteiligt. Der Bauarbeiter- schutz hat für die Gebirgsgegenden der Amtshauptmannschaften Marienberg und Annaberg eine Förderung erfahren. In diesen Gebieten hat nun endlich einer unserer Kameraden das Recht, als Kontrolleur die Bauten zu kontrollieren. Bei den Polieren und Hilfspolieren hat die Arbeitslosigkeit mehr als 60 % im Durchschnitt betragen. Versammlungen haben 6 stattgefunden. Die Zahl der organisierten Lehrlinge beträgt 108. Im Jahre 1929 betrug die Zahl der Lehrlinge 344;

dieses Verhältnis ist auf die verringerte Lehrlingshaltung zurückzuführen. Vor den Arbeitsgerichten wurden 27 Klagen in 52 Terminen geführt. Arbeitslosenstreitigkeiten vor den Spruchauschüssen und Spruchkammern wurden 9 und Rentensachen 4 ausgetragen. Dadurch wurden 3360 M den streitenden Kameraden zugeführt. Bezirksversammlungen haben 116 stattgefunden, Vorstandssitzungen 25 und sonstige Sitzungen und Versammlungen 124. Auf den Arbeitsstellen mußte wegen Delegiertenwahlen 18mal, wegen Einstellungen ohne Nachweis 15mal und wegen sonstiger Angelegenheiten 147mal eingegriffen werden. Die Urwahl des Zahlstellenvorstandes ist diesmal hinfällig, da nur ein gültiger Vorschlag, die alten Vorstandsmitglieder wieder zu wählen, vorlag.

**Karlsruhe.** (Jahresbericht.) War es schon im Jahre 1930 für einen großen Teil unserer Kameraden nicht möglich, die gesetzliche Anwartschaft für Erwerbslosenunterstützung zu erfüllen, so ist leider festzustellen, daß diese Zahl im Berichtsjahr noch größer geworden ist. Die Abwicklung der Geschäfte war der Konjunktur entsprechend; aber trotz der politischen Zersplitterung ist der Mitgliederbestand stabil geblieben. Kamerad Groß erstattete den Kassenbericht. Durch die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes kam zum Ausdruck, daß alle Kameraden gewillt sind, die Einheit und Geschlossenheit unseres Verbandes zu wahren. Gauleiter, Kamerad Engler, führte in seinem Vortrag die Gründe und Ursachen an, die zu der großen Erwerbslosigkeit im Baugewerbe führten. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Kamerad Engler alle Kameraden auf, sich der „Eisernen Front“ anzuschließen.

**Kassel.** (Jahresbericht.) Am 31. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Zahlstellendelegiertenversammlung statt, die von 30 Bezirken besetzt war. Kamerad Hörauf gab einen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden ebenfalls eingehend behandelt. Hörauf schilderte auch die Zusammenbrüche in der Bauwirtschaft und die gewaltige Arbeitslosigkeit im Zahlstellengebiet, die 80 % der Mitglieder betrug. Zum weiteren wurde auch darauf verwiesen, was durch die Organisation verhindert wurde; wenn es nach den Wünschen der Unternehmer gegangen wäre, dann würde der Lohn- und Reichstarifvertrag viel ungünstiger aussehen. Der Kassenbericht ergab, daß die Auszahlung an Unterstützungen aller Art die Einnahmen ganz erheblich übersteigen. Für die Lokalkasse wirkte sich der Beschluß, daß auch die Arbeitslosen einen geringen Beitrag von 10 ₤ pro Woche zahlen, günstig aus. In der Aussprache wurde die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsführung allseitig anerkannt. Ein Antrag auf Entlastung desselben wurde einstimmig angenommen. Gauleiter Kamerad Ebert hielt anschließend einen Vortrag über Wirtschaftskrise und unser Zentralverband. Der Redner schilderte die Lohnbewegungen im Gau und die Auswirkung der 4. Notverordnung. Trotz der gewaltigen Arbeitslosigkeit war unser Verband immer noch in der Lage, alle Unterstützungen in voller Höhe auszu zahlen. Eine Leistung, die anerkannt werden muß. Einschränkungen seien nur in der Verwaltung und bei den Angestellten erfolgt, wo auch weiter mit den vorhandenen Mitteln äußerst sparsam umgegangen werde, um die Schlagkraft des Verbandes nicht zu vermindern. Wenn es gelingt, den Verband ungeschwächt über die Krise hinwegzubringen, werden alle Verluste, die wir hinnehmen mußten, bald wieder aufgeholt werden. Dazu muß sich jeder verpflichten, für den Verband unermüdlich zu werben. Der Kampf ruft, hinein in die „Eiserne Front“, muß von allen Kameraden befolgt werden. Die Wiederwahl des Gesamtvorstandes wurde mit einigen Ergänzungen einstimmig bestätigt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Kiel.** Unsere diesjährige Hauptversammlung erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Kamerad Marten gab eine allgemeine Uebersicht über den Stand der Erwerbslosigkeit so-

wie der hiermit unmittelbar verbundenen politischen Lage. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß trotz der schwierigen Situation die Organisation nichts unterlassen hat, das Interesse der Kameraden zu wahren. Es ist gelungen, auch das Jahr 1931, das ereignisvollste in der Arbeiterbewegung, günstig abzuschließen. Die umsichtige Leitung und Geschäftsbearbeitung wurde anerkannt. Unter den Eingängen wurde das Ergebnis der am 30. Januar vorgenommenen Erhebung mitgeteilt. Die Lage ist fast unverändert. Nur 47 Kameraden sind im gesamten Zahlstellengebiet im Beruf beschäftigt. Diese verteilen sich auf insgesamt 26 Betriebe. Insgesamt sind 82 % der Kameraden erwerbslos.

**Kiel.** (Jahresbericht.) Die Wirtschaftskrise wirkte sich im Berichtsjahr in unserm Zahlstellengebiet ganz furchtbar aus. Durch monatliche Erhebungen wurde der Stand der Beschäftigung ständig beobachtet. Die in der besten Bauzeit aufgenommene Statistik zeigte, daß von den durchschnittlich vorhandenen 120 Betrieben nur 68 Betriebe 161 Kameraden beschäftigten. Hiervon waren 45 Betriebe mit 1 bis 2 Beschäftigten. Insgesamt 41 Mitgliederversammlungen und 36 Sitzungen dienten zur Erledigung der Geschäfte. 3 Lichtbildervorträge wurden gehalten und unser 48. Stiftungsfest im Rahmen der Verhältnisse gefeiert. Wie im Vorjahre wurde auch Mitarbeit in den bestehenden Körperschaften geleistet. Ein Schiedsspruch vom 30. April brachte für die Provinz einen Abbau von 7 %. Die vierjährige Lehrzeit, die gegen unsern Willen zur Einführung gelangte, ist wieder auf drei Jahre reduziert worden. Trotz der geringen Beschäftigung mußten eine Reihe Beschwerden in der Schlichtungskommission erledigt werden. Streitfragen über die Berechtigung, ob ein Lehrgeld erhoben werden darf, führte zu einem Vergleich. Vom 1. Juli 1931 an soll in Zukunft in der Provinz kein Lehrgeld mehr erhoben und die laufenden Verträge sollen anerkannt werden. Rechtsschutz und Beistand wurde geleistet in der Arbeitslosen-, Invaliden- und Krankenversicherung sowie bei Lohnklagen. Insgesamt wurde ein Betrag von 1055,48 M für die Kameraden eingeklagt. Das Interesse für den Bauarbeiterschutz wurde gepflegt, 2 Lichtbildervorfürungen, 3 Vorträge neben einer Anzahl Sitzungen dienten der weiteren Aufklärung. Der Jugendarbeit wurde im Berichtsjahr besondere Beachtung geschenkt. Bildungsarbeit wurde in den Heimabenden betrieben. Für die erwerbslosen Jungkameraden wurden besondere Modellierkurse im Jugendheim eingerichtet. Den Teilnehmern konnte ein unentgeltliches Mittag- und Abendessen verabreicht werden. Größere Veranstaltungen der Gruppe fanden aus wirtschaftlichen Gründen nicht statt. Durch die Arbeitslosigkeit sind auch die Finanzen der Zahlstelle sehr in Anspruch genommen. Das verflossene Jahr brachte deshalb sehr viel Widerstände mit sich. Die Zimmerer Kiels sind schon mit sehr schwierigen Situationen der Vergangenheit fertig geworden und werden auch in Zukunft in Einigkeit und Geschlossenheit ihren Mann stehen.

**Magdeburg.** (Jahresbericht.) Die Wirtschaftskrise verursachte im Berichtsjahr, daß das Baugewerbe fast völlig zum Erliegen kam. Das hatte zur Folge, daß im Jahresdurchschnitt sich 58,5 % unserer Kameraden vergeblich um Arbeit bemühten. Das ist ein Mehr von rund 18 % gegen das Vorjahr. Diese Arbeitslosigkeit hat sich natürlich auf unsere Kassenverhältnisse sehr ungünstig ausgewirkt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen rund 10 000 M weniger als im Jahre 1930. Den Unterschied zwischen verringerter Einnahme und Ausgabe in Höhe von 2500 M haben wir für die Lokalkasse als Verlust zu buchen. Trotz der ungünstigen Verhältnisse hatten wir im Frühjahr den lohnabbauwütigen Bauunternehmern, soweit es notwendig war, die Stirn geboten. Die wirtschaftliche Not hat es nicht vermocht, unsere Werbekraft zu schwächen. Durch tatkräftige Mitarbeit der Kameraden auf den Baustellen und durch unermüdliches Arbeiten der Jugendabtei-

lung wurde die Agitation erfolgreich gefördert. In 14 Bezirksversammlungen nahmen die Mitglieder Vorträge des Gauleiters und der Zahlstellenleitung entgegen. In einer Zahlstellenmitglieder- versammlung referierte Kamerad W. Wolgast, Hamburg, über den Frankfurter Gewerkschaftskongreß. Vorstandssitzungen waren 14 notwendig. Der Kampf um die Lohnhöhe wurde in 16 Lohnverhandlungen und in 2 Tarifamtssitzungen ausgetragen. Vor dem Arbeitsgericht waren 3 Termine notwendig und 2 Schlichtungskommissionssitzungen fanden statt, um in denselben die Rechte der Kameraden zu verteidigen. In 4 Fällen wurde der Spruchauschuß des Arbeitsamts angerufen, um verhängte Unterstützungssperren abzuwehren. Die Poliergruppe veranstaltete 3 Versammlungen und eine Besichtigung. In der Jugendbewegung geht es trotz schlechter Zeit vorwärts. Insgesamt fanden 125 Veranstaltungen mit 1770 Teilnehmern statt. Der Modellierkurs wurde weiter durchgeführt. Weiter fand eine Heidefahrt, eine Harzfahrt und ein Wochenendkurs statt. In der am 24. Januar stattgefundenen Zahlstellenversammlung nahmen 25 Delegierte aus den Bezirken die Berichte der Zahlstellenfunktionäre entgegen. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

**Osterode.** In der am 3. Februar stattgefundenen Versammlung wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal erstattet. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde erteilt. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Auf Anregung des Kassierers wurde das Zahlstellengebiet in mehrere Bezirke eingeteilt, um die Fühlung mit den Kameraden nicht zu verlieren, da für die einzelnen Orte Funktionäre bestellt werden sollen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf unsern Zentralverband geschlossen.

**Pasowalk.** (Jahresbericht.) Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet fand am 24. Januar statt. Der Kassierer gab den Stand der Lokalkasse bekannt. Die große Arbeitslosigkeit wirkte sich besonders auf die Finanzverhältnisse aus. Es ist notwendig, in Zukunft die Ausgaben sehr einzuschränken. Der Vorsitzende gab einen Ueberblick über das verflossene Geschäftsjahr, und führte an, daß die Arbeitsmöglichkeiten im Jahre 1931 sehr schlecht waren. Er ermahnte die Kameraden, gerade in dieser Zeit fester denn je dem Verband die Treue zu bewahren. Die Neuwahl des Vorstandes wurde mit einigen Aenderungen durchgeführt. Im Punkt „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende den laut Notverordnung auf 93 ₤ festgesetzten Lohn bekannt, und verlas ein Rundschreiben des Zentralvorstandes, in dem die Kameraden aufgefordert werden, an der Republik festzuhalten und den Kampf gegen die Nazibewegung noch zu verschärfen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Plathe i. Pomm.** (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß Rechtsschutz in 4 Fällen gewährt wurde. Die schlechte Wirtschaftslage machte sich auch in unserm Zahlstellengebiet bemerkbar. Durchschnittlich waren 68 % der Kameraden arbeitslos. Der Mitgliederbestand ist trotz der schlechten Wirtschaftslage stabil geblieben. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das erwiesene Vertrauen, und hielt einen Vortrag über die augenblickliche Wirtschaftslage. Mit dem Appell, trotz Naziwühlarbeit dem Verbandsfernerhin die Treue zu bewahren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Pforzheim.** (Jahresbericht.) Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Protz, gab einen Rückblick über das verflossene Geschäftsjahr. In 6 Versammlungen und 2 Verwaltungssitzungen wurden die Geschäfte der Zahlstelle erledigt. In 2 Versammlungen referierte Gauleiter Kamerad Engels. Die Arbeitslosigkeit steigerte sich bis zu 95 %. Weiter wur-

den besonders die Lohnkämpfe behandelt. Aus dem Kassenbericht war zu sehen, daß die Hauptkasse immer Zuschuß senden mußte, da die Ausgaben für Unterstützungen die Einnahmen weit überstiegen. Nach der Diskussion über Jahres- und Kassenbericht wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab keine Aenderung. Der Vorsitzende appellierte an die Kameraden, in dieser Zeit alles Trennende zu vermeiden. Es sei jedes Kameraden Pflicht, die Versammlungen zu besuchen und sich noch fester der Organisation anzuschließen. Nur Besonnenheit und kameradschaftliche Mitarbeit kann uns über die schlechte Zeit hinweg helfen. Der Redner dankte den Kameraden für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen, und mit der Losung, Kampf dem Faschismus, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Kronach.** (Jahresbericht.) In der am 24. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das Jahr 1931. Infolge der ungünstigen Wirtschaftslage waren die meisten Kameraden ohne Arbeit. Der Kassenbericht wurde vom Kameraden Köhler erstattet, und die beantragte Entlastung einstimmig erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab keine wesentliche Aenderung in der bisherigen Besetzung. Kamerad Köhler stellte den Antrag, mehr Bezirksversammlungen abzuhalten, um den Kameraden den Versammlungsbesuch zu erleichtern. Als Bezirksversammlungsorte wurden Oberrodach und Mittwitz bestimmt. Kamerad Sauter von der Gauleitung hielt einen Vortrag über Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik und rechnete scharf mit der braungelben Hakenkreuzpest ab. Das Treiben geht darauf hinaus, die Gewerkschaften, Tarifverträge und Sozialversicherungen zu zerschlagen. Mit dem Mahnruf, treu zusammenzuhalten und fest am Aufbau unseres Verbandes mitzuwirken, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Küstrin.** In der am 7. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kamerad Höhne von der Gauleitung einen ausführlichen Vortrag über die Entstehung der Weltwirtschaftskrise und deren Auswirkung auf die Gewerkschaften. In seinen Ausführungen betonte der Redner, daß es im vergangenen Jahre außerordentlich schwierig gewesen sei, die gefährlichen lohnpolitischen Situationen zu meistern. Das Unternehmertum versuchte alles, um den Vormarsch der Arbeiterschaft aufzuhalten. Es müsse Aufgabe der maßgebenden Stellen sein, darauf hinzuwirken, daß eine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes eintrete. Auch auf die Auswirkung der Notverordnungen ging Kamerad Höhne ein. Am Schlusse seines Vortrages betonte er die Notwendigkeit engen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, im besonderen die Mitwirkung in der „Eisernen Front“. Kamerad Richard Jäke wurde als Bezirkskassierer für die Orte Manschnow-Gorgast gewählt. Ferner als Jugendleiter der Kamerad Walter Höhne. Im Anschluß wurde der Kartellbericht erstattet. Von seiten des Kartells wurde ganz besonders auf die am 21. Februar stattfindende öffentliche Kundgebung der „Eisernen Front“ hingewiesen. Anschließend hielt Kamerad Höhne einen Lichtbildervortrag über den Kampf der Arbeiterschaft in früheren Jahren sowie den Aufbau und den Fortschritt der Gewerkschaften bis zum heutigen Tag. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

**Löbau i. Sachsen.** (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über die Bautätigkeit im letzten Jahr. Fast 80 % unserer Kameraden waren erwerbslos, was sich auch auf die Kassenverhältnisse auswirkte. Daher mußte zu außerordentlichen Maßnahmen gegriffen werden. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Dieser war von zwei Revisoren geprüft und richtig befunden. Der Kassierer wurde entlastet. Anschließend wurde den Kameraden Hohlfeld, Proft und Herzog das vom Zentralvorstand gestiftete Ehrendiplom für 25jährige Verbandszugehörigkeit überreicht. Zur Verwaltung der Zahlstelle wurden sämtliche Funktionen einstimmig wiedergewählt. Seine aufmerksam-

lauchten die Kameraden den interessanten Ausführungen des Kameraden Tannert, Zittau, der über die Lohnpolitik des letzten Jahres referierte. Er erläuterte die stattgefundenen Lohnverhandlungen in allen ihren Schwierigkeiten bis zu den Notverordnungen der Reichsregierung. Ein Vortrag: „Gegen den Faschismus“ findet am 13. März statt.

**Merseburg.** (Jahresbericht.) Kamerad Beine erstattete in der am 17. Januar stattgefundenen Generalversammlung einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im Jahre 1931. Der Vorstand hatte eine Reihe Fälle zu vertreten vor den Spruchausschüssen der Sozialversicherungszweige, und eine Klage wurde am Arbeitsgericht anhängig gemacht. Die Arbeitslosigkeit war das ganze Jahr hindurch sehr groß. In der Diskussion wurden die besonderen Härten, die in der Notverordnung gegen die Arbeiterschaft enthalten sind, kritisiert. Weiter wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß alle Kameraden dafür zu sorgen haben, bei den Wahlen eine andere Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretung zu erreichen. Nur dadurch ist die Gewähr gegeben, die Gesetze nicht einseitig gegen die Arbeiterschaft zu gestalten. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen; die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt.

**Nordhausen.** (Jahresbericht.) In der am 16. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde die Jahresabrechnung vom Kassierer erstattet. Die gute Kassenführung wurde allgemein anerkannt und dem Kassierer einstimmige Entlastung erteilt. Rund 80 % der Kameraden waren im Jahre 1931 arbeitslos, so berichtete der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht. An Versammlungen wurden 12 abgehalten; der Vorstand hatte sich in 9 Sitzungen mit Verbandsfragen zu beschäftigen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit war eine Reihe von Streitfällen bei der Schlichtungskommission und am Arbeitsgericht zu erledigen. Die Vorstandswahl konnte glatt erledigt werden. Der Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und forderte die Kameraden auf, auch in diesem Jahr unermüdet für den Verband zu werben und besonders an der politischen Aufklärung der Angehörigen und Bekannten mitzuwirken, um dadurch wieder eine andere politische Zusammensetzung in Deutschland zu erreichen.

## Baugewerbliches

### Berufliche Fortbildung der Hamburger Zimmerer

Strebsamen Hamburger Zimmerern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steindamm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit sich in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Holzkonstruktionen, Schiftungen, Mauerkonstruktionen, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen und Bauführung, Eisenbetonbau usw. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt Mitte April. Programme und Auskunft täglich abends von 6½ bis 8 Uhr in der Lehranstalt Steindamm 81.

## Gewerkschaftliches

### Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern

Am 1. März 1932 ist eine neue Organisation ins Leben getreten: Der Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern! Der neue Verband umfaßt alle diejenigen Siedler, die in einer vollen Acker- nahrung ihre Existenz suchen. Seine besondere Aufgabe sieht er in der Ansiedlung von Landarbeitern. Wie schon der Name ausdrückt, will er darüber hinaus ein Freund und Berater aller Kleinbauern

sein. Der Verband steht auf republikanischem Boden und will seine Arbeit mit allen Organisationen, die auf dem gleichen Boden stehen, in freundschaftlicher Zusammenarbeit erledigen. Das Organ des Verbandes ist die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Scholle“.

Die Anschrift des Verbandes lautet: Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern, Berlin SW 48, Enekestrasse 6. Die Geschäftsführung hat Albert Kreutzer, die Schriftleitung Walter Kwasnik übernommen. Ferner gehören dem Hauptvorstand an: Dr. Lipschitz, Georg Schmidt (M. d. R.) und Franz Spliedt.

Die Eintragung in das Vereinsregister steht bevor.

## Arbeiterversicherung

### Die Invalidenversicherung der Wohlfahrtserwerbslosen.

Für die Aufrechterhaltung der Anwartschaften der Invalidenversicherung der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung sieht das Arbeitslosenversicherungsgesetz Bestimmungen vor, nach denen die Arbeitsämter verpflichtet sind, die für die Sicherung der Leistungsansprüche notwendigen Beiträge zu entrichten. Nach § 129 des erwähnten Gesetzes hat der Arbeitslose einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen. Von Tag zu Tag wächst nun die Zahl der sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen. Diese ausgesteuerten Arbeitslosen haben nicht die obenerwähnte Vergünstigung. Sie müssen also, falls sie ihre Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrechterhalten wollen, die hierzu erforderlichen Beiträge aus eigenen Mitteln leisten. Durch die Abbaumaßnahmen und die Finanznot der Gemeinden ist jedoch die Wohlfahrtserwerbslosen, die schon früher nicht hoch war, so weit herabgedrückt worden, daß sie kaum zur Bestreitung des notdürftigen Lebensunterhalts ausreicht. In den allermeisten Fällen ist es deshalb den Unterstützungsempfängern nicht möglich, noch Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Anwartschaften aufzubringen. Tun sie dies doch, so geschieht dies unter den größten Opfern. In sehr vielen Fällen müssen sie infolge Mittellosigkeit ihre Anwartschaft verfallen lassen. Der sächsische Landtag hat nun unterm 9. Februar 1932 einen Antrag angenommen, der sich mit verschiedenen Reformvorschlägen zur Invalidenversicherung befaßt. Dieser Antrag enthält auch folgenden Vorschlag:

„Für Arbeitslose, die aus Mitteln der Wohlfahrtspflege unterstützt werden, sollen die Zeiten unfreiwilliger Arbeitslosigkeit auf die Anwartschaft angerechnet werden, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen.“

Da über die Sozialversicherung das Reich die Gesetzgebung hat und nicht die Länder, so ist dieser Antrag durch die sächsische Regierung der Reichsregierung und dem Reichsrat weitergeleitet worden. Es steht natürlich heute noch nicht fest, ob und in welcher Form dieser Antrag bei der geplanten Reform der Sozialversicherung mit beachtet werden wird.

Damit jedoch den Wohlfahrtserwerbslosen auch heute schon praktisch in dieser Frage geholfen werden kann, hat der sächsische Landtag am gleichen Tage (9. Februar 1932) die sächsische Regierung beauftragt, den Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden dringend zu empfehlen, bis zum Erlaß einer der oben erwähnten Forderungen entsprechenden reichsgesetzlichen Bestimmung für die Wohlfahrtserwerbslosen die Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung in der gleichen Weise aufrechtzuerhalten, wie es durch die Arbeitsämter für die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung geschieht.

Die Regierung wird nun in diesem Sinne an die sächsischen Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände herantreten. Vielleicht ist dies in der Zwischenzeit bereits geschehen. Es liegt nun an unseren Vertretern in den Gemeindeparlamenten und sonstigen zuständigen Ausschüssen dafür zu sorgen, daß diese An- regung auch Wirklichkeit wird. Eine Be-

lastung wird hierdurch für die Wohlfahrtsämter nicht eintreten. Die geringen Aufwendungen für den Ankauf der notwendigen Beitragsmarken werden vielfältig wieder durch spätere Ersparnisse ausgeglichen. Kl—s.

## Arbeitsrechtliches

### Der Vorsitzende des Tarifamtes in Breslau ist nicht befangen!

So hat das Arbeitsgericht in Breslau entschieden. Seine Auftraggeber von Arbeiterseite waren anderer Meinung, doch diese Meinung zählt nach der Entscheidung des Arbeitsgerichts in Breslau nichts; die Bauarbeiter müssen diesen Tarifamtsvorsitzenden weiter dulden und wahrscheinlich auch für diese Tätigkeit entschädigen.

Auf Grund des § 11 Ziffer 10 c des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten wurde Herr Amtsgerichtsrat Gröhe zum Vorsitzenden des Tarifamtes in Breslau ernannt. Die Vertreter der Gewerkschaften hatten schon im April 1931 aus Anlaß der Lohnregelung im Grünberger Gebiet über die Entscheidung des Herrn Gröhe zu klagen allen Anlaß. Seine Entscheidung konnte aber durch Vermittlung des amtlichen Schlichters bereinigt werden. Als nun im Herbst des vorigen Jahres der Sturm der organisierten Unternehmer auf die bis 2. März 1932 festgelegten Löhne begann, war das Tarifamt in Breslau eines der ersten, das den Anträgen der Unternehmer auf Lohnabbau stattgab. In Abwesenheit der Arbeitervertreter hat Herr Gröhe einen Schiedsspruch gefällt, der die Bestimmungen über Lohnabbau der Notverordnung weit übertraf.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben deshalb Herrn Gröhe wissen lassen, daß sie zu ihm kein Vertrauen mehr haben. Den Herrn stört das jedoch nicht; er hat erklärt, er werde trotzdem bis zum Ende der Tarifvertragsperiode auf seinem Posten bleiben. Eine Klage am Arbeitsgericht hat das Ablehnungsgesuch hinsichtlich des Amtsgerichtsrats Gröhe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Tarifamtes für das Baugewerbe, Bezirk Breslau, zurückgewiesen. Die Begründung hat folgenden Wortlaut:

„Die Antragsteller sind Vertragspartei des Lohn- und Arbeitstarifvertrages (Bezirkstarifvertrages für das schlesische Baugewerbe) vom 11. Juni 1931. Gemäß § 11 des Manteltarifvertrages für das Baugewerbe und § 5 des Bezirkstarifvertrages ist für den Bezirk Breslau ein Tarifamt gebildet worden, das sich aus dem Amtsgerichtsrat Gröhe als unparteiischen Vorsitzenden usw. zusammensetzt. Amtsgerichtsrat Gröhe ist gemäß § 11 Ziffer 10 c des Manteltarifvertrages zum Vorsitzenden ernannt. Die Antragsteller haben beantragt, auszusprechen, daß ihre Ablehnung des Amtsgerichtsrats Gröhe als Vorsitzenden wegen Besorgnis der Befangenheit begründet ist. Die Arbeitgeberverbände und der abgelehnte Vorsitzende sind zu dem Antrage schriftlich gehört worden. Die Kammer des Arbeitsgerichts ist gemäß § 93 letzter Absatz AGG. für die Entscheidung zuständig.“

Nach § 42 ZPO., der hier anzuwenden ist, kann ein Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Eine solche ist dann anzunehmen, wenn ein Grund zu Mißtrauen in die Unparteilichkeit des Richters nach den Umständen des Falles vorliegt. Nach dieser gesetzlichen Vorschrift ist auch der vorliegende Fall zu beurteilen. Dazu ist nicht notwendig, daß objektiv mit einer Befangenheit zu rechnen ist, sondern es genügt, daß nach Lage der Umstände eine Partei bei verständiger Würdigung des Falles eine Befangenheit befürchten kann. Die Antragsteller stehen auf dem Standpunkt, daß eine Befangenheit des Amtsgerichtsrats Gröhe daraus zu entnehmen ist, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Tarifamtes sich entgegen der Ansicht des Reichsarbeitsgerichts auf den Standpunkt gestellt habe, das Tarifamt habe darüber zu entscheiden, ob die clausula rebus sic stantibus anzuwenden sei und deshalb die Mitte 1931 festgesetzten Löhne auf Antrag der Arbeitgeberverbände

während der Laufzeit des Lohntarifs herabgesetzt werden könnten. Dieser Umstand rechtfertigt die Ablehnung des Amtsgerichtsrats Gröhe nicht; denn er hat als Vorsitzender des Tarifamtes seine dahingehende Rechtsansicht in dem Schiedssprüche ausführlich begründet, und es ist anerkanntes Recht, daß die abweichende Rechtsauffassung eines Richters den Parteien keinen Grund abgibt, den Richter für befangen zu erklären. Das Reichsarbeitsgericht schafft kein Gesetz, und es ist deshalb der Richter nicht verpflichtet, sich der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts anzuschließen, selbst wenn er eine andere Rechtsansicht vertritt.

Das Ablehnungsgesuch wird aber auch damit begründet, daß die Art und Weise des Prozedierens des Amtsgerichtsrats Gröhe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Tarifamtes das stärkste Mißtrauen der Antragsteller rechtfertigt. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Wie die Protokolle der Sitzungen des Tarifamtes vom 27. Oktober und 6. November 1931 und die Begründungen der in diesen beiden Sitzungen verkündeten Sprüche ergeben, haben die jetzigen Antragsteller mehrere Sachanträge gestellt, über die in eingehender Begründung entschieden worden ist. Diese Begründung läßt an keiner Stelle eine einseitige Einstellung des Vorsitzenden zugunsten der Arbeitgeber erkennen. Es ist nicht ersichtlich, mit welchen Mitteln der Vorsitzende des Tarifamtes die Außen-seiter dazu zwingen sollte, den Tariflohn zu zahlen, wo es sich um einen nicht für allgemeinverbindlichen Lohntarifvertrag handelte. Wenn der Vorsitzende also ein derartiges Verfahren abgelehnt hat, so war dies nur durchaus sachlich. Das Reichsarbeitsministerium hat nicht über Auslegungsfragen des Tarifvertrages zu entscheiden, sondern dies gehört zur Zuständigkeit des Tarifamtes. Demnach erübrigte sich auch eine Rücksprache mit dem Vorsitzenden im Reichsarbeitsministerium. Die Vertagungsanträge der jetzigen Antragsteller im Tarifamte sind daher aus sachlichen Erwägungen heraus, und zwar mit Recht, abgelehnt worden. Unerheblich ist, welche inneren Gründe die Arbeitgeber dazu veranlaßt haben, einen Lohnabbau zu beantragen. Denn das Tarifamt hatte pflichtgemäß nicht nur über diese von Arbeitgeberseite vorgebrachten, sondern auch über die weiteren von Arbeitgeberseite aufgeführten Gründe zu entscheiden. Ob der Spruch des Tarifamtes tragbar ist oder nicht, darüber war nicht zu befinden. Die für seine Entscheidung angeführten Gründe lassen keine einseitige Einstellung des Vorsitzenden erkennen. In dem Spruch ist dem Baugewerbe der Charakter als Saisongewerbe nicht abgesprochen worden, sondern es ist gesagt worden, daß dieser Umstand unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse ausreichend bewertet worden ist. Allerdings hat das Tarifamt dabei vergessen, ausdrücklich zu erwähnen, daß, wie die Antragsteller mit Recht anführen, in der Arbeitslosenversicherung die berufsbliche Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nach wie vor anerkannt wird, und die Bauarbeiter mit Rücksicht hierauf aus der Arbeitslosenversicherung geringere Leistungen erhalten als andere Arbeitslose.

Aus allen diesen Gründen erscheint der abgelehnte Vorsitzende des Tarifamtes nicht für befangen.

### Politische Wochenschau

Aus dem Reichstag — Reichstagssitzung im Rundfunk — Anträge der Sozialdemokratie im Reichstag — Für Arbeitsbeschaffung — Aufruf der Sozialdemokratie — Hitler wird Parteibuchbeamter.

Am Dienstag, 23. Februar, trat der Reichstag nach fast halbjähriger Unterbrechung zusammen, um als wesentlichsten Punkt der Tagung den Wahltag für den Reichspräsidenten zu bestimmen. Hierfür wurde der 13. März, und als Stichwahltag der 10. April bestimmt. Die

von den Nationalsozialisten, Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die gesamte Reichsregierung wurden in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Außer den Antragstellern stimmten die Mitglieder der Landvolkfraktion und der SAP. für die Mißtrauensanträge, alle andern Parteien dagegen. Die Mißtrauensanträge gegen Reichswehrminister Groener werden mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Hier stimmte auch die Landvolkpartei für die Regierung. Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dietrich gestellte Mißtrauensantrag wird mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die von den Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten gestellten Anträge auf Reichstagsauflösung werden mit 299 gegen 228 Stimmen abgelehnt.

Reichstagspräsident Löbe hat die Aufnahme der Kanzlerrede auf Grammophonplatten im Reichstag veranlaßt, und dafür Sorge getragen, daß diese Rede auf alle deutschen Rundfunksender übertragen wurde. So konnten mindestens 10 Millionen Menschen hören, wie der Kanzler mit dem Gesocks der „Nationalen Opposition“ abrechnete. Es gibt keine wirksamere Propaganda gegen den „nationalen“ Mob, wie die Verbreitung ihrer parlamentarischen Tätigkeit durch den Rundfunk. Das Volk soll das hysterische Geschrei der „Volksvertreter“ mit-hören. Wi. Peitschenhiebe wirkten die Worte des Kanzlers auf die Helden der „Nationalen Opposition“. An der großen Stäupung der Nazioten hat ganz Deutschland teilnehmen können. Wir begrüßen diese Rundfunkübertragungen und hoffen, daß sie fortgesetzt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt in einem Gesetzesantrag die kürzlich auch von Bergarbeitertagungen der freien und christlichen Gewerkschaften geforderte Verstaatlichung des Bergbaues und der damit verbundenen Nebenbetriebe, wie Hütten- und Walzwerke. Nach dem Antrag soll die Entschädigung auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte in Form einer fünfprozentigen zeitlich begrenzten Rente gewährt werden, wobei Steuerschulden und staatliche Subventionen anzurechnen seien.

Der weiter von der Fraktion der SPD. vorgelegte Gesetzesantrag auf Einführung einer 4 1/2prozentigen Goldprämienanleihe, die auch mit einer auslosbaren Prämie auszustatten sei, ist als Ergänzung bereits vorgelegter Anträge für das von der Reichstagsfraktion der SPD. vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm gedacht. Er soll die von der SPD. auf 1 1/2 Milliarden bezifferten gehamsterten Noten aus den Sparstrümpfen herauslocken und für die Finanzierung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung nutzbar machen. Außerdem verlangt die SPD. in andern Reichstagsanträgen Aenderung der Notverordnung vom

8. Dezember 1931 durch Milderung und Abstellung von Härten bei den Sozialversicherungen.

Die Sozialdemokratie veröffentlicht einen Aufruf zur Wahl des Reichspräsidenten. Es heißt dort: Jede Stimme, die Thälmann entrissen und Hindenburg zugeführt wird, ist ein Schlag gegen Hitler. Jetzt geht es um alles! Sieg des Faschismus ist namenlose Schande, un-absehbares Unheil. Das darf nicht sein! Parteigenossen! Haltet die Augen offen, schützt Euch vor Ueberraschungen, die eintreten können, wenn der Faschismus erkennt, daß er seine Ziele auf legalen Wegen nicht erreichen kann. Steht fest zur Eisernen Front! Setzt alle Eure Kräfte ein, damit der entscheidende Schlag schon im ersten Wahlgang fällt. Befreit mit diesem einen Schlag das deutsche Volk von der faschistischen Bedrohung. Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!

Der Gendarm von Hildburghausen, der die deutsche Staatsangehörigkeit auf die verschiedensten Arten erschleichen wollte, hat es nun geschafft. Sein Nazi-freund Klagges hat ihn nun zum braunschweigischen Regierungsrat gemacht. Damit ist Hitler deutscher Staatsangehöriger und als Regierungsrat pensions-berechtigt geworden. Der Mann hat's geschafft.

### Briefkasten der Redaktion

**Neugierige.** Der Hauptgewinn unserer Kalenderauslosung fiel in die Zahlstelle Schwaan i. Mecklenburg. Der glückliche Gewinner des Lindcar-Fahrrades ist der Kamerad Otto Thielke dortselbst.

**Toebsen, Mulde.** Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung sind verpflichtet, die für sie aufgewendete Unterstützung zurückzuerstatten, sobald und soweit sie hinreichendes Vermögen oder Einkommen haben und ihr Fortkommen durch die Erstattung der Unterstützung nicht unbillig erschwert wird. Wenn Du durch eine Erbschaft in die Lage versetzt wirst, die Beträge zurückzuerstatten, so kann die Behörde auch zu dem von Dir angegebenen Mittel greifen.

**Neumarkt, G.** Nach dem Erlaß vom 23. Oktober 1931 kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, wenn die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert, für Arbeitslose über 40 Jahre, auf zusammen 71 Wochen verlängern. Diese Verlängerung wird nicht für Einzelfälle, sondern für ganze Berufs-zweige ausgesprochen. Wenn das nicht durchzusetzen ist, so beträgt für Dich die jetzige Unterstützungsdauer insgesamt 58 Wochen.

**Reichenstein.** Aus Deinem Schreiben geht nicht hervor, ob die Dir auferlegte Rückzahlung auf Grund eines unrechtmäßigen vorsätzlichen Bezuges der Unterstützung auferlegt wurde. Wenn ja, dann wird der Betrag beigetrieben wie Gemeindeabgaben. Auch von der Unterstützung kann er ratenweise einbehalten werden.

### Literarisches

**Sozialistische Bildung.** Monatsschrift mit den ständigen Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“. Preis 1,50 Mk. im Vierteljahr. Probehefte stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, gern zur Verfügung.

**Gesundheit.** Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die „Gesundheit“, die viele gute Ratschläge enthält, wird an den Schaltern der Krankenkassen unentgeltlich abgegeben. Durch die Post bezogen kostet sie vierteljährlich 45 Pf.

**Die Grundlagen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge.** Preis 1,80 Mk. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41. Der Verfasser geht von der Erkenntnis aus, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitsvermittlung geschieht, daß darüber hinaus aber noch weitere Maßnahmen notwendig sind. Als eine solche ist die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge zu betrachten. Ihre rechtliche Grundlage ist im § 139 AVAVG. erfolgt. Dieser Paragraph dient als Grundlage für die weitere Behandlung des Problems in der genannten Schrift. Die Schrift kann jedem empfohlen werden. Auf dem Druckrand aufgedruckte Stichworte erleichtern ihre Handhabung.

**Gewerkschaften, Friedensvertrag, Reparationen.** Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6 a. Der ADGB. hat in der kleinen, sehr interessanten und lesenswerten Schrift das Material zusammengestellt, das die Stellungnahme der Gewerkschaften zu den großen Fragen der Nachkriegszeit in Bezug auf Friedensvertrag und Reparationen wiedergibt. Aus der Darstellung geht klar die Stellungnahme der Gewerkschaften hervor. Sie lehnen von Anfang an die politischen Zahlungen, die über den Rahmen der eigentlichen Reparationen hinausgehen, ab. Lediglich die Kosten des Wiederaufbaues sollten von Deutschland getragen werden. Alle weitergehenden Pläne der Militaristen wurden von den Gewerkschaften in Wort und Schrift schon seit dem Jahre 1919 auf das entschiedenste bekämpft. Wir wünschen der Schrift, die zum Preise von 15 Pf. zu haben ist, weitestgehende Verbreitung.

### Anzeigen

- Sterbetafel**
- Chemnitz.** Am 13. Februar starb unser Kamerad **Ernst Weigel** im Alter von 66 Jahren an Blasenleiden. — Am 16. Februar starb unser Kamerad **Friedr. Oehme** im Alter von 73 Jahren an Arterienverkalkung.
- Düsseldorf.** Am 22. Februar starb unser Kamerad **Ewald Hartwig** im Alter von 58 Jahren an Herzschlag.
- Hamburg.** Am 23. Februar starb unser Kamerad **Johannes Molt** im Alter von 31 Jahren an Schwindsucht.
- Kassel.** Am 20. Februar starb unser Kamerad **Heinrich Homburg** im Alter von 61 Jahren infolge Erkrankung der Luftwege.
- Königsberg i. Pr.** Am 19. Februar starb unser Kamerad **Fritz Zimmermann** im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.
- Leipzig.** Am 10. Februar starb unser Kamerad **Karl Krotsch** im Alter von 68 Jahren an Herzlähmung.
- Lyck.** Am 19. Februar starb unser Kamerad **Karl Lettko** im Alter von 66 Jahren an Rückenmarkversteinerung.
- München.** Am 19. Februar starb unser Kamerad **Mathias Peter** im Alter von 62 Jahren infolge eines Gehirnschlages.
- Ehre ihrem Andenken!

**Zahlstelle Rosenheim**  
Das **Verbandslokal** befindet sich ab 1. März im **Perlohnerkeller-Roßacker**.  
[2,50 M] **Der Vorstand.**

**Gelesene „Zimmerer“**  
an unorganisierte Kameraden weitergeben!

**Ischias-, Gicht- und Rheumatis-muskranke**  
teile ich gern gegen 15 S. Rückp., sonst **kostenfrei**, mit wie ich vor Jahr. v. mein. schw. Ischias- u. Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

**Jean Stieling**  
Kantinenpächter  
Frankfurt/Oder 135  
Jüdenstraße 6

**Kauft** (F)  
die vom Verband herausgegebene **Fachliteratur!**

**Achtung!**  
Sichere Existenz im Hause!

**Gesucht**  
werd. ehrl. Pers. zw. Errichtung **Maschinen-Heimstrickerei**  
Geboten wird laufende Beschäftigung für uns zu hohen Preisen. Rüs. u. Vorkenntnisse nicht erforderl. Ver. Sie sofort **Gratisauskunft.**

**Fr. J. Kerstian & Co.**  
Bln.-Halensee 385

**Kampf-, Handwerks- und Wanderlieder**

Herausgegeben von unserm Zentralverband

**Preis 50 Pfennig**

Bestellungen durch den Verlag:  
(F) **Hamburg 1**  
**Besenbinderhof 57, 4. Et.**

Ein Inserat bringt immer Erfolg!

Inseriert im „Zimmerer“!!

**Louis Mosberg**  
Holefeld 25  
in Berufskleidung und Werkzeugen unübertroffen.  
Ermäßigte Preisliste gratis.

**Hobelbänke 60 RM.**  
2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität. Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.  
Werkzeuge  
Abbildung und Preisliste gratis.  
**Karl Ramisch**, Pirna a. d. Elbe.

**Berufs-, Wander- und Sportbekleidung**  
in Samt, Manchester, Leder und Pilot. Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen, Schlapphüte, Isländer. **Preisliste gratis.**  
Mechanische Kleiderfabrik.

**Welt-Versandhaus**  
**Fritz Ulrich**  
Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60